

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abohmentpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mf., bei Selbstabholung 5.50 Mf. Durch die Post bezogen vierstährlich 18.—Mf., für einen Monat 6.—Mf. — Preis der Einzelnummer 20 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4506. — **Vollschekonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13699. — **Verlag in Leipzig.**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4500

Interratenpreise: Die 7 geplante Kolonialzeile oder deren Raum 1.00 Mf., bei Plakatvorrichtung 2.80 Mf.; Familienanzeichen, die 7 geplante Zeile 1.70 Mf. Reklame-Kolonialzeile 7.50 Mf. — Telefon für die Interraten-Abteilung 2721
Schluss der Interraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Einigung zwischen Berlin und München? Hinausschiebung der Entscheidung.

Berlin, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach der Sitzung des interkonservativen Ausschusses der Regierungsparteien stand gestern eine Kabinettssitzung statt und um 6 Uhr wurde die am Mittwochabend abgebrochene Besprechung des Kanzlers mit den Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen Partei fortgesetzt, die sich bis in den späten Abend hinzog. Über das Ergebnis der Verhandlungen soll vorläufig Stillschweigen bewahrt werden. Die Aussichten für eine Einigung zwischen Berlin und München werden als recht günstig angesehen. Fest steht vorläufig nur, daß der Überwachungsausschuß des Reichstages seine Sitzung heute nicht abhalten wird; sie wird auf Sonnabend nachmittag, vielleicht sogar auf Montag verschoben werden, damit die bayerischen Vertreter genügend Zeit haben, die Lage in München zur Klärung zu bringen.

Verlegung des Überwachungsausschusses.

Berlin, 9. September. Die für heute angekündigte Sitzung des Überwachungsausschusses des Reichstags ist auf Montag vertagt worden, weil die Entscheidung in München erst am Sonnabend fallen wird.

Bayrische Loslösungs-Drohungen.

München, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchner Kahr-Presse ist zum Teil schon auf den kommenden Kompromiß bei den Verhandlungen zwischen München und Berlin vorbereitet, droht anderseits aber auch wieder unverhüllt mit der Separation, wenn Bayern in den Verhandlungen in Berlin unterlegen sollte. So schreibt die Münchner Zeitung: „Man ist sich wohl nicht überall klar darüber, daß auch das Ministerium Kahr und wahrscheinlich auch die ganze Regierungskoalition von dem Berliner Ergebnis abhängig geworden ist. Selbst wenn man sich vorstellen könnte, daß es der Ministerpräsident und seine Ministerkollegen fertigbrächten, sich bei einem unverhüllten Misserfolg der Verhandlungen mit Berlin zu beruhigen und weiter zu antizieren, als ob nichts von Belang geschehen wäre, dürfte das Ministerium sich nicht halten können. Die treuesten Anhänger würden kopfschütteln werden, mit der Autorität wäre es gründlich und auf immer vorbei. Unter allen Umständen durften die Verhandlungen in Berlin mit keiner Kapitulation vor dem Berliner Willen abschließen. Es muß zur vollen Erkenntnis der Lage und als Warnung für die Reichsregierung und alle bayrischen Koalitionspolitiker darauf hingewiesen werden, daß eine solche bayrische Niederlage in Berlin die Krise durchaus nicht etwa abschließe und Bayern damit widerstandslos der hohen Berliner Einsicht und Verwaltung ausliefern würde, sondern es steht schon heute fest, daß in diesem Falle eine ganz wilde, verantwortungslose Agitation im Lande getrieben werden würde mit dem dann nicht mehr verhüllten Ziel der Separation. Mittel und Leute und Organisationen dafür sind genügend vorhanden und der Boden ist vorbereitet.“

Massenversammlung der Münchner USPD.

München, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In einer überfüllten Massenversammlung nahm die USPD gestern abend Stellung zu dem Konflikt zwischen der Kahrregierung und dem Reich. Der Redakteur der verbotenen Morgenpost, Genosse Winter, kennzeichnete die durch die Rebellion der Kahrregierung geschaffene Krise und betonte, nachdem er versichert hatte, daß die bayerische Arbeiterschaft hinter der Reichsregierung stehe, solange diese die Versöhnung gegen die Reaktion verleiße, daß die Reaktion das Eine nicht bedacht habe, daß durch die Mordpolitik die Einigungsbewegung des Proletariats gefördert werde. Als Vertreter der nordbayrischen Arbeiterschaft schilderte Landtagsabgeordneter Fischer-Nürnberg unter klarem Befall die Kampfeslustlosigkeit des nordbayrischen Proletariats, das bereit sei, Südbayern zu isolieren, wenn Kahr auf seiner Boshaftigkeit verharret.

Das zweierlei Poehner-Maß.

München, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nachdem vorgestern vom Polizeipräsidenten Poehner ein Plakat des Bürgerblatts genehmigt wurde, in welchem die Regierung Kahr aufgefordert wurde, sich zu befehlen, hatten die Gewerkschaften, die SPD. und USPD. gestern beschlossen, einen Aufruf plakatieren zu lassen. Der Polizeipräsident lehnte die Genehmigung zur Plakatierung des USPD-Aufrufs ab und hat gestern auch das Plakat der Gewerkschaften und der SPD. verboten. In der Druckerei der Rechtssozialisten wurde durch die Polizei eine Haussuchung nach den gedruckten Plakaten gemacht. Heute prangt an den Münchner Plakatkästen zum Beweis der „Objektivität“ der Münchner Polizei ein Plakat der Hakenkreuzer, das zu einer Versammlung am Freitag einlädt, in der Herr Hitler „in geziemender Ehesucht und Ehrengleichheit sprechen wird über: Der Johannes des Judenstaates, Matthias von Buttenhausen, sein Werk und sein Geist“. Mit diesen lächerlichen Mitteln glaubt Poehner die Kräfte mundtot machen zu können, die für die Republik und die Verfassung einzutreten.

Die oberschlesische Arbeiterschaft gegen die Reaktion.

Berlin, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Von der oberschlesischen SPD., der oberschlesischen USPD., der KPD., den Bezirksverbänden der freien Gewerkschaften und beachtenswerterweise auch dem polnischen Zentralverband ist nach der sozialen Zeitung am Donnerstag in Gleiwitz eine Erklärung unterzeichnet und veröffentlicht worden, die gegen die deutsche Reaktion Stellung nimmt. Es heißt darin, daß die Arbeiter durch die besonderen Verhältnisse Oberschlesiens daran behindert seien, den Feinden der Arbeiter mit einer machtvollen Demonstration den einheitlichen Willen des oberschlesischen Proletariats zu zeigen, daß sie trotzdem feierlich ihre Solidarität mit den Arbeiterparteien im Reich befunden und schärfste Unterdrückung des politischen Mordes, Freilassung der politischen Gefangenen, Reinigung der militärischen und polizeilichen Formationen, der Beamenschaft und der oberschlesischen Justiz von den monarchistischen Elementen fordern.

Die preußische Krise verschärft. Zentrum und Demokraten gegen den Kurs Wirth.

Berlin, 9. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Auf Einladung des Präsidenten des preußischen Landtages Neinerland am Dienstag nachmittag eine Verhandlung zwischen den seither koalitionspartierten Sozialdemokratie, Zentrum und Demokraten über die etwaige Neubildung der preußischen Regierung statt. Nach zweieinhalb stündiger Beratung wurde festgestellt, daß eine Übereinstimmung einstellweise nicht erreicht werden könne. Wie die P. V. N. erzählt, hatte das Zentrum zunächst die Forderung erhoben, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Abgeordneter Siering den Vorwurf widerrufe, den er einerseits bei der Bildung des Kabinetts Stegerwald gegen die Unterhändler des Zentrums und der Demokraten erhoben hatte, nämlich, daß das Kabinett Stegerwald aus Wörbisch und Treubrich hervorgegangen sei. Abgeordneter Siering bedauerte, zu einem solchen Widerruf nicht in der Lage zu sein. Zentrum wie Demokraten hielten daran fest, daß die Neubildung der preußischen Regierung nur unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Gedanke abgewiesen. Es könne sich jetzt lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokratie wieder in die preußische Regierung eintrete und damit Preußen eine Regierung erhält, die die gleichen Tendenzen wie die gleiche Zusammensetzung wie das Kabinett Wirth im Reich habe. Eine Vereinigung der verschiedenen Standpunkte war nicht zu finden. Auch der Vorschlag Neiners, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt zu verhandeln, wurde vom Zentrum wie von den Demokraten abgelehnt.

Die Freiheit erklärt, daß vom Standpunkt der Arbeiterschaft aus die Situation die Beseitigung des Kabinetts Stegerwald erfordere. Es müsse eine Regierung in Preußen geschaffen werden, die die notwendige Umgestaltung der Verwaltung, Justiz und Schule sofort in Angriff nehme. Die Regierung des Herrn Stegerwald besorge aber nur die Geschäfte der Deutschen Nationalen und insbesondere der Demokrat Dominicus unterstehe ganz den Einstellungen, die von den konservativen Geheimräten seines Ministeriums ausgehen. Eine Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der preußischen Regierung dürfe nicht in Frage kommen. Eine Umbildung muß so erfolgen, daß eine Übereinstimmung mit der Reichsregierung erzielt werde.

Der Vorwärts schreibt, daß es schon seit dem Frühjahr bekannt sei, daß die Sozialdemokratie nicht mit der Deutschen Volkspartei in ein Kabinett gehe. Die bürgerlichen Parteien hätten ihre Aussicht revidieren müssen. Die Verhandlungen deckten den Widerspruch auf, der zwischen den im Landtag betriebenen Politik des Zentrums und der Demokraten und der Meinung eines großen Teiles ihrer eigenen Parteimitglieder bestehen. Das Verhalten ihrer Landtagsfraktionen sei das Gegenteil einer Unterstützung der Politik Wirth. Die preußische Regierungstruppe sei erst recht aktiv geworden.

Das Berliner Tageblatt bedauert den Abbruch der Verhandlungen. Es meint, sowohl in der Sozialdemokratie wie in der Deutschen Volkspartei fehle es am guten Willen zu fehlen.

Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Stahlhelmleuten in Braunschweig.

Braunschweig, 8. September. Wie die Braunschweigische Landeszeitung meldet, kam es heute abend an verschiedenen Stellen der Stadt zu Ausschreitungen aus Anlaß einer vom Stahlhelm einberufenen Monatsversammlung. Kommunistische Elemente unter Führung der kommunistischen Landtagsabgeordneten hämmerten das Standquartier des Stahlhelms und durchsuchten die Räume. Dann zogen sie zum Versammlungslokal. Dort wurden sämtlich aus der Stadt kommenden Straßenbahnen angehalten und auf Stahlhelmleute durchsucht; verschiedene Personen wurden schwer mißhandelt und verletzt. Einen ehemaligen Lieutenant wollte man in die Oker werfen. Es wurde auch geschossen. Als die Unruhen größeren Umfang anzunehmen drohten, rückte eine Abteilung Polizei an, die mit Jochen und Beschimpfungen empfangen wurde. Es gelang schließlich, die Menge auseinanderzutreiben, die sich dann in verschiedene Straßen der Stadt verteilt.

Soll der Kampf für die Republik abermals versanden?

Das Schicksal der Bewegung, die die Kappbanditen stürzte, steht drohend vor uns. Soll der jetzige Bewegung, die die Freiheit der Gegenrevolution, die der Mord an Erzberger, der Frontkämpferstag und andere Vorstöße der Monarchisten ausgelöst haben, ein ähnliches Schicksal beschieden sein? Die Gefahr solches Ausgangs ist nicht zu unterschätzen. Die Verschiebung der Entscheidung über die bairische Frage will uns durchaus nicht gelingen. Und so manches andere läßt die Bevölkerung aussiegen, daß es der Regierung Wirth vor der eigenen Courage schon wieder lange zu werden beginnt. Die Deutschnationalen scheinen darauf schon zu spekulieren. Ihre Presse, die sich nach den ersten Verboten etwas duldet, führt bereits wieder die herausfordernde Sprache, wie vor dem Erlass der Reichspräsidenten-Verordnung. In einem Bericht über den Versuch einiger Deutschnationaler in Bogota, der Hauptstadt des Südamerikanischen Staates Columbiens, die neue Reichsflagge auf der Gesandtschaft herunterzuladen und durch die schwärzehörte Hohenzollernflagge zu ersetzen, ein Unternehmen, das durch columbianische Polizisten vereitelt werden mußte, wagt die Kreuzzeitung die Reichsflagge als „deutsche Fahne“ in Unfließungsstrichen und als „das schwatzgelbe Tuch“ zu beschimpfen. Das ist nur ein kleines Symptom, aber es spricht Bände darüber, wie die Gegenrevolution die Energie des sozialdemokratischen Reichsministers des Innern, der mit dem auftumpfenden bairischen Gesandten so konstant zu verkehren pflegt, einschätzt, wie wenig sie von ihm befürchtet. Wenn demnach das Kompromiß, das die Regierung Wirth ancheinend mit der Regierung Kahr abschließt, so ausfällt, daß der bairischen Gegenrevolution kein Haar geklimmt wird, wenn die Regierung Wirth sich mit einem Zustand, der die Knebelung der Arbeiterklasse in Bayern auf unbegrenzte Zeit verlängert, abfinden sollte, so wird das leider nicht mehr überraschend erscheinen können. Für die Arbeiterschaft wäre dann die Frage nur, ob sie ihre Einheitsfront erhalten kann. Ob die Rechtssozialisten dann den Entschluß fassen werden, der Regierung Wirth ihre Unterstützung zu entziehen und mit der Unabhängigen Sozialdemokratie in entschlossene Opposition zu treten!

Noch ein anderes bedeutsames Anzeichen liegt dafür vor, daß der Vorstoß gegen die monarchistische Reaktion auf einem toten Geleise enden soll. Das ist die Haltung des Zentrums- und demokratischen Landtagsfraktionen Preußens zur Frage der Regierungsumbildung. Adam Stegerwald, der derzeitige preußische Ministerpräsident von deutschnationalen Gnaden hat diese beiden parlamentarischen Vertretungen der Koalitionsparteien, die im Reich mit den Rechtssozialisten in der Regierung Wirth sitzen, mit Erfolg zur Unterstützung seiner Rechtspolitik gewonnen. Da sie ganz genau wissen, daß die Rechtssozialisten, in der jetzigen Situation noch viel weniger als vorher, mit der monarchistischen Deutschen Volkspartei zusammengehen können, so ist ihr Bestreben offen darauf gerichtet, die Rechtssozialisten aus der preußischen Regierung fernzuhalten und mit Hilfe der Deutschnationalen und der Stinnesparteier weiter das Rechtsregiment in Preußen aufrecht zu erhalten. Das bedeutet aber, daß die Politik der Regierung Wirth im Innern des Reichs zum großen Teil einfach keinen Boden findet, daß ihre Feindschaft wider die monarchistische Gegenrevolution einfach in die Lust gehen. Denn die Reinigung der Verwaltung der Polizei und der Justiz von monarchistischen Elementen, von den Saboteuren des Schutzes der Republik und den Verschwörern für die Monarchie ist nur dann möglich, wenn die Regierung des größten Bundesstaates fest in der Hand einer wirklich republikanischen Regierung liegt. Dass für dieses Werk von einer Regierung unter Adam Stegerwald nichts zu erwarten ist, der in seinem Blatte Der Deutsche die Frage „Republik oder Monarchie“ für eine bloße Sonntagsfrage erklärt, liegt auf der Hand. Ein Ministerpräsident, der alles andere für viel wichtiger hält, als die reinliche Entscheidung dieser Frage, wird natürlich nichts ernstliches tun, um die Staatsverwaltung zu einer festen Stütze der Republik zu machen. Und der „Demokrat“ Dominicus, der das preußische Ministerium des Innern verwaltet, hat genügend Beweise dafür gegeben, daß er der geiste Mann für Adam Stegerwald ist, daß er seinen Beamten hart ansässt wird, der das Seinige tut, um die Wiederaufrichtung der Monarchie zu fördern. Herr Dominicus ist ein treffliches Gegenstück zu dem Organisator der monarchistischen Reichswehr, dem „Demokraten“ Gehler. Wenn die Regierung Wirth eine Umwandlung der preußischen Regierung in eine wirkliche Links-Regierung nicht erreichen kann, wenn der Einfluß des linken Zentrumslagers um Wirth auf die Zentrums-Partei und insbesondere auf die preußische Landtagsfraktion des Zentrums nicht stark genug ist, um die entsprechende Haltung dieser Körperschaft zu erreichen, — von den Demokraten reden wir weiter nicht, weil für diese schwankenden Geisen der Vorstoß des Zentrums ohne weiteres genügen würde, um sie zur Nachfolge zu bringen — so ist das Ziel, das Reichskanzler Wirth in seinen Reden wortreich ausgerichtet hat, einschließlich nicht zu erreichen. Dann

bleibt in der deutschen Republik im wesentlichen alles so, wie es bis zur Ermordung Erzbergers gewesen ist und die verhängnisvolle Entwicklung zum Rechtsputsch geht im Grunde ungestört ihres Weges.

Dafür kann und darf die Arbeiterschaft die Mitverantwortung nicht übernehmen. Eine Regierung Wirth, die ihre Aufgabe nicht zu erfüllen imstande ist, darf die Unterstützung der Arbeiterklasse nicht weiter finden. Darüber müssen die Rechtssozialisten ins Klare kommen. Sollten sie die Verhandlung der Bewegung mit ihrem Namen bedenken wollen, so würden sie den Schaden bitter zu spüren bekommen. Dann wäre aber auch die Einigung der sozialdemokratischen Parteien für geraume Frist wieder aussichtslos geworden. Mögen die Rechtssozialisten sich ihrer schweren Verantwortung vor der Arbeiterklasse bewusst sein.

Die Kommunisten haben bislang wenigstens Spuren eines solchen Bewußtseins gezeigt. Dass die Reichsregierung ihre nachgeordneten Behörden nicht daran hindern konnte, diesen Beginn besserer Erkenntnis durch Verbote kommunistischer Blätter zu stören, denen mit solchen Maßnahmen eine Bedeutung beigelegt wird, die sie nicht mehr haben, ist bedauerlich. Indes kann die Arbeiterklasse um ihrer selbst willen nicht angeben, dass damit den Kommunisten ein Freibrief für Unbesonnenheiten gegeben sei. Dass die Regierung dazu in ihren Kreisen hier und da wieder im Wahlkreis begriessen ist, zeigen die folgenden beiden Meldungen:

Hamburg, 8. September. In den Vormittagssäunden wurden heute in den Arbeitervierteln Hamburgs überall große rote Plakate angehängt, die von der Kommunistischen Partei, der Allgemeinen Arbeiter-Union und dem Aktionstausch der Erwerbslosen unterzeichnet worden sind und in denen eine starke Hetze gegen die Gewerkschaften und gegen „Kapital und Bourgeoisie“ zum Ausdruck kommt. Das Plakat fordert zum sofortigen Kampf auf und gipfelt in dem Aufruf: „Jagt die demokratische Regierung zum Teufel und mit ihr alle verräderischen Gewerkschaftsführer und Parteiboten!“

Hamburg, 8. September. Die Hamburger Kriminalpolizei gibt folgendes bekannt: „Kriminalbeamte hielten drei junge Burschen mit schweren Paketen an. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, dass die Pakete Sprengstoff enthielten. Drei weitere, ebenfalls meiste junge Leute, die mit dem Transport in Verbindung standen, wurden später ermittelt und ebenfalls festgenommen. Die Festgenommenen hatten 25% Kilogramm Sprengstoff bei sich und in einer Privatwohnung wurden später noch 10 Kilogramm Sprengstoff und 100 Sprengkapseln beschlagnahmt. Drei der Täter haben die Sprengstoffe von Arnswberg in Westholz nach hier gebracht. Dort sind, wie die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei, die noch einen weiteren Komplizen verhaftet konnte, bei dem ebenfalls 10 Kilogramm Sprengstoffe und 100 Sprengkapseln gefunden wurden, mitteilte, die Sprengstoffe vermutlich in einer Zechen gestohlen worden. Die Festgenommenen wollen teils nicht gewusst haben, dass es sich um die gefährlichen Sprengstoffe handelt, teils verweigern sie der Polizeibehörde gegenüber jede Aussage.“

Wir lassen die Frage offen, ob es sich bei den Verhafteten, die die leichte Meldung aussöhnen, um Personen handelt, für die die kommunistische Partei verantwortlich ist oder ob es sich um die bekannten Marodeure des Kommunismus handelt. Dagegen ist die Verantwortung der kommunistischen Partei für die Plakate wohl nicht zu bestreiten. Und hier muss von vornherein energisch dafür gesorgt werden, dass diese kommunistischen Dummheiten auf den kleinen Kreis der kommunistischen Sekte beschränkt werden. Müssen die Kommunisten ihr Bekennen zum Putschismus, das sie in Jena abgelegt haben, praktisch werden lassen, so mögen sie es versuchen. Die Arbeiterschaft wird diese Störer ihres geordneten Aufmarsches dann um so schneller beiseite schieben. Der kommunistischen Partei wird auch dort, wo sie bisher zu gemeinsamen Aktionen der Arbeiterklasse noch zugelassen wurde, unzweideutig erklärt werden müssen, dass sie nicht mehr in den Rang der Vertretungen der Arbeiterklasse zugelassen werden können, wenn nicht die Partei im ganzen die Disziplin zu bewahren versucht, die die Erhaltung der Einheitsfront der Arbeiterklasse allein gewährleisten kann.

Die bedrohte Bürgersfreiheit der bürgerlichen Presse.

Der Nachrichtendienst der drei Magdeburgischen bürgerlichen Blätter Tagesszeitung, Generalanzeiger und Magdeburgische Zeitung ist besonders hässlich, seine Nachrichten, die die Arbeiterbewegung zu verleumden und zu schädigen geeignet ist, verschmäht er zu bringen, auch wenn man ihr die Unwahrhaftigkeit von weitem ansieht. Der Magdeburgische Regierungspräsident hat nun, um den Schwundsdienst dieser drei Blätter etwas einzudämmen, die Verordnung des Reichspräsidenten auf den Nachrichtendienst dieser drei Blätter ausgedehnt und dabei auf den großen Schwund Bezug genommen, den diese Zeitungen brachten. Trotzdem sammelte in Ausland Geld, um die Revolution in Deutschland zu unterstützen; solche Meldungen seien geeignet, die Bevölkerung zu beunruhigen. Gegen die Verfüllung des Regierungspräsidenten wehren sich die genannten Zeitungen; sie sei nichts anderes als eine Nachrichtenzensur und bedeute einen verfassungswidrigen Eingriff in die Pressefreiheit. Einen Eingriff in die Pressefreiheit bedeutet die Verordnung des Reichspräsidenten schon, einen verfassungswidrigen dagegen kaum, denn die Verfassung gibt dem Präsidenten das Recht zu solchen Verordnungen und die bürgerlichen Vertreter haben diese Bestimmung der Verfassung geschaffen und ihre Presse hat sie begrüßt. Soht, wo sie einmal nur ganz leise gegen sie angewendet wird, schreien sie Zeter und Mordio; dass die Arbeiterpresse damit gepeinigt und wirtschaftlich schwer geschädigt wird, finden dieselben bürgerlichen Blätter ganz in der Ordnung.

Was ist der nationalsozialistischen Presse eine Pressefreiheit wert, die sie am Verleumden der Arbeiterbewegung hindert? Für sie besteht sie darin, tagtäglich das Blaue vom Himmel herunter schwärmen zu dürfen.

Auch der Verein Berliner Presse erscheint jetzt mit einem Protest gegen die Verordnung des Reichspräsidenten auf dem Platz und er gebraucht in seinem Schreiben dieselben Wendungen gegen sie, wie sie die Arbeiterpresse brauchte, als sie ihrer bloßen Tendenz wegen verboten wurde und die Tendenzunterdrückung kennzeichnete. Bei den unterdrückten bürgerlichen Blättern wären die konkreten Verstöße gegen die Verordnung massenhaft festzustellen, so dass von einer Tendenzunterdrückung nicht gesprochen werden kann.

Um der herrschenden Unsicherheit ein Ende zu machen, fordert der Verein Berliner Presse „die Errichtung jener Verordnung durch geistige Bestimmungen, die so gezielt sind, dass die Presse aller politischen Richtungen unter jeder wie auch immer partizipativ zusammengehörenden Regierung ihre Ausgabe im Dienste der Öffentlichkeit zu erfüllen vermag“. Wenn der Ver-

ein schließlich „noch alle Kollegen auffordert, in Zukunft danach zu trachten, dass die Pressefreiheit notwendigerweise ihre Ergänzung in der Selbstdisziplin und im gesteigerten Bewusstsein für die Würde und sitzliche Selbstverantwortung der Presse finden muss“, so ist dies nur eine rednerische Floskel, denn Mitglieder dieses Vereins sind es ja gerade, die die Selbstdisziplin und sitzliche Verantwortung vermissen lassen und aus der Verunglimpfung und Verleumdung des politischen Gegners ein Gewerbe machen, wobei bemerkbar werden muss, dass ihnen ihre Propagandas bei dieser erhabenen Aufgabe um keinen Deut nachstehen.

Wo waren denn die Verfechter verfassungsmäßiger Rechte, als beispielweise im Januar 1920 gleich zwei Dutzend Blätter unserer Partei mit einem Male nur um ihrer Tendenz willen auf Monate verboten wurden? Kein einziger bürgerliches Blatt, kein einziger bürgerlicher Journalist fand damals ein Wort des Protests gegen eine so ungeheuerliche, noch nie dagewesene Pressevergewaltigung. Würde die bürgerliche Presse nur zum zehnten Teil so geschwächt wie die sozialistische, sie würde nach ganz anderen Rechtsgarantien für die Pressefreiheit eifern als heute.

Über weitere Presseverbote liegen folgende Nachrichten vor: Der Reichsminister des Innern hat die in Kassel erscheinende Ausgabe der Hessischen Arbeiterzeitung, des Organs der Kommunistischen Partei für Hessen, Waldeck und Südwesterwald, verboten wegen eines den Reichspräsidenten und die Reichsregierung kritisierenden Artikels.

Oberpräsident Noske hat das deutschnationalen Götinger Tageblatt auf vierzehn Tage verboten und die Beischlagsnahme der Nr. 210 vom 8. September angeordnet.

Der Reichsminister des Innern hat die Verbreitung des in Danzig erscheinenden Halbmonatsblatts für den deutschen Osten.

Die Ostwacht für die Zeit vom 8. bis einschließlich 21. September 1921 verboten.

Das Ganorion des deutschvölkischen Schuh- und Truhbundes, Deutsche Arbeit, in Königsberg ist auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden.

Die Ostpreußische Zeitung ist am Mittwoch erneut verboten worden.

Der Märzputsch in Mitteldeutschland.

Nach längerer Unterbrechung setzte der Untersuchungsausschuss des preußischen Landtags am Mittwoch die Vernehmung der Zeugen fort. Der fröhliche Minister des Innern Severtzow ward querfißt geholt. Die Behörden seien durch die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse hervorgerufene Unzufriedenheit zuerst auf die Färbung aufmerksam geworden. Hierzu kam ein Terror in den Betrieben. Auf Wunsch der Gewerkschaften habe man von einem Einschreiten ausängstlich abgesehen. Misstrauisch waren die Arbeiter gegen die bewaffneten verbündeten Selbstschutzorganisationen, so dass sie sich schließlich selbst bewaffneten.

Der Einmarsch der Polizei wurde in einer gemeinsamen Versprechnung mit dem Oberpräsidenten und dem Regierungspräsidenten von Merseburg beschlossen. Von einem Einsetzen der Reichswehr nahm man Abstand, da sonst die Situation nur verschärft worden wäre. Unwahr oder tendenziös zureichiggestuft waren die Meldungen über das Verhalten einzelner Landräte des Aufstandsbündels. Auf Fragen des Vorstellers Kuttner (Soz.) erklärte Severtzow, die Angaben über die Unwesenheit von Ausländern in Mitteldeutschland seien übertrieben gewesen. Wahr hingegen ist, dass die Delegierten in Mitteldeutschland überall bewaffnet war und dass deshalb die Arbeiter ihre Waffen nicht ableisten wollten. Von einer geheimen roten Armee könne nicht gesprochen werden.

Abg. Liebeneck (USPD), der einer der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses ist, rückte an Severtzow die Frage, ob er durch die Worte „Ausstechen des Geschwiles“, die in seinem im Deutschen Reichstag veröffentlichten Artikel enthalten sind, vielleicht andeuten wollte, dass die Regierung die Aktion zur Entladung gebracht hat. Severtzow erwiderte, eine solche Entladung sei nicht beabsichtigt gewesen.

Abg. Dr. ander (DnP), ebenfalls Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, fragt, was die preußische Regierung aus den von Staatskommissar Weismann erstatteten Berichten unternommen habe. (Der Bericht stammt von Weismanns Spiegel. Dr. Red.) Severtzow antwortete, die Regierung habe nichts unternommen auf diesen Bericht hin, wohl aber infolge des Berichts der eigenen Beamten und flüchtete dann noch bei, dass sie die Gefahr eines Rechtsputzes in Mitteldeutschland mancherlei Unhaltpunkte vorgetragen hätten.

Severtzows Vernehmung wird hier abgebrochen und Oberpräsident Hörsching vernommen. Zum Verständnis des Märzputzes muss man auf die Haltung des Militärs und der Reichswehr beim Kapp-Putsch zurückgreifen. Ihre Haltung in den Kappkriegen ereignete bei den Arbeitern Misstrauen. Die gefälschten Nachrichten der Reichspresse über geplante Linkeputze wurden durch die Aufhebung der Spieldienzentrale in Magdeburg am 9. August 1920 von mir aufgedeckt. In der Folge machte sich in den Betrieben ein steigender Terror geltend. Auch wurde über Diebstähle in den Fabriken gesprochen. Von Minister Severtzow erhielt ich die Zusage zu einer Polizeiaktion am 10. März 1921. Der Anschlag auf die Siegesfahrt ergab, dass das verwendete Dynamit aus Mitteldeutschland stammte. Infolgedessen wurde mehr Polizei zusammengezogen. Es zeigte sich, dass selbst von den organisierten Kommunisten nur ein Drittel an dem Aufstand sich aktiv beteiligt. Das Heranziehen von Militär empfahl sich nicht. Eine rote Armee gab es weder im Märzaufstand, noch beim Kapp-Putsch. Daß Polizei und Mannschaften in Mitteldeutschland sich übergegriffen haben auszuhilfen kommen lassen, hält Hörsching für möglich. Auch die Gegenseite habe Grausamkeiten verübt.

Die Verhandlung wandte sich dann den Hällen Raute und Kasperek zu, die beide der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehören und als Landrat bzw. kommissarischer Landrat im Aufstandsbereich amtierten. Hörsching weiß die gegen Raute und Kasperek erhobenen Anklahungen als halslos zu sein.

Zum Fall Kasperek erklärt Hörsching, er habe in Halle eine Reihe von Strafanträgen gegen die Rechtskämpfer Kasperek gestellt, aber die Staatsanwaltschaft hat nur die Rechtskämpfer Kasperek vernommen und den Oberpräsidenten gebeten, die Strafanträge zurückzuziehen, was Hörsching abgelehnt hat. Kasperek habe sich während des Aufstands einwandfrei benommen, er sei jedoch nicht seines Amtes entthoben worden, sondern sei freiwillig zurückgetreten, weil er nicht mehr länger Fleischesse der Heze sein wollte. — Die Beratung wird abgebrochen.

Kommunistische Spaltungen.

Die Spaltungen innerhalb der kommunistischen Bewegung gehen weiter. Was gross ist, muss klein werden, und was klein ist noch kleiner, das ist die Tätigkeit Moslaus. Zuerst hatte Moslaus in Deutschland eine Säuberung nach bolschewistischer Art innerhalb der KPD vorgenommen, deren Frucht die KAPD war, dann ward die KAPD wieder in Gnaden in den Schoß des Moskuiters aufgenommen, um bei dem fürstlichen Kongress in Moskau einen gelinden Rücktritt zu bekommen, der die KAPD zur Loslösung von Moskau veranlasste. Und jetzt veröffentlicht die Kommunistische Arbeiterzeitung in Berlin eine Depesche des bekannten holländischen Kommunisten Hermann Gorler, demzufolge am 4. September in Holland eine KAPD. Hollands errichtet worden ist.

Wenn man bedenkt, dass die Vereinigte Kommunistische Partei Hollands insgesamt nur 1500 Mitglieder zählt, kann man ungefähr ermessen, welche Bedeutung nach der Absplitterung des

Gorterschen Flügels, der in allen kommunistischen Organisationen Hollands über eine gewisse Stärke verfügt, nunmehr die kommunistischen Parteien innerhalb der holländischen Arbeiterbewegung haben. War bisher schon ihr Einfluss herzlich unbedeutend, so wird er künftig gleich Null sein. Aber trotzdem: die kommunistische Bewegung ist, nach den Behauptungen ihrer Vertreter, die Arbeiterbewegung. — Wahrscheinlich sind mit Gorler auch der in Deutschland belauerte Anton Pannekoek sowie Henriette Roland-Hast zum KAPD. Hollands übergetreten. Sie hatten mit Gorler die Opposition gegen die holländischen Moskowiter geführt.

In der Schweiz hat sich ebenfalls eine Spaltung vollzogen. Die vorläufig kommunistische Partei, die ohnehin nach dem von einem Schweizer Delegierten auf dem kommunistischen Parteitag in Jena erstatteten Bericht nur etwa 7000–8000 Mitglieder umfasst, hat eine Absplitterung nach rechts erfahren. Diese neuerrichtete Spaltung erfolgte im Anschluss an eine Besprechung des dritten Moskauer Kongresses in der Baseler kommunistischen Organisation, zu der von dem kommunistischen Regierungsrat Schneider, der seinerzeit vor Halle auch in einer Berliner Konferenzversammlung so leidenschaftlich für den Anschluss eingetreten war, eine Resolution vorgelegt hatte, welche die vom dritten Kongress aufgestellten Grundätze begünstigte und deren Sinn dahin deutete, dass

1. die proletarische Weltrevolution ein Prozess von voraussichtlich langer Dauer ist, dem eine auf die Tatsache eingestellte Taktik zu entsprechen hat, soll das revolutionäre Proletariat nicht schwächende Maßnahmen erledigen;

2. die proletarische Revolution nur das Werk der Mehrheit des Proletariats sein kann und die Theorie von der aktiven Minderheit zu verwerfen ist;

3. der Kongress die putschistische Taktik verwirft, die Notwendigkeit der revolutionären Schulung und Erziehung anerkennt, die Aktionen um der Aktionen willen ablehnt, und den Charakter der revolutionären Arbeiterbewegung als einer Massenbewegung schafft zum Ausdruck bringt;

4. den kommunistischen Parteien die Verpflichtung auferlegt, zu den und in die Massen zu gehen und zu versuchen, ihr Vertrauen durch eine konsequente, auf das allgemeine Interesse der proletarischen Masse eingesetzte Politik zu erwerben.

Wegen dieses „Optimismus“ ist Schneider bestia angeseindet worden. Die Versammlung, in der er seine Resolution versucht, führte nach wildem Tunika zu seinem Auszug mit etwa 80 bis 90 Mitgliedern, und jetzt kommt die Meldung, dass Schneider eine Unabhängige kommunistische Partei gegründet hat.

Völkerbund und Friedensverträge.

Genf, 7. September. In der heutigen Vormittagsitzung des Völkerbundes kam es zu einer ziemlich erregten Debatte darüber, ob dem Völkerbund das Revisionrecht gegenüber solchen Verträgen zustehe, die sich als unerfüllbar erwiesen haben. Den Anfang dazu nahm die Frage des chilenisch-bolivianischen Friedensvertrages von 1904. Im Laufe der Debatte wies der Vertreter Chiles darauf hin, dass von dem Revisionrecht keine Rede sein könne, da sonst alle besiegten Staaten sich an den Völkerbund wenden würden, um eine Revision der Verträge zu erreichen. Der chilenische Vertreter schiederte dann sehr genau den Vertrag und dessen Vorgeschichte. Die Vertreter Boliviens entwölften ebenfalls sehr ausführlich den bolivianischen Standpunkt. Der Vertrag sei nicht, wie der chilenische Delegierte behauptet habe, auf gegenwärtiger Überinstimmung begründet, sondern durch Druck erzielt. Der Vertrag sei unbeschreibbar und sei auch bisher nicht durchgeführt worden. Bolivien sollte jahrelang das Bleigewicht der Niederlage tragen und wende sich nun an den Völkerbund, nicht, um eine Wiedergutmachung zu erlangen, sondern um Gerechtigkeit zu fordern. Die Versammlung könne ihre Zuständigkeit nicht leugnen, wenn sie ihre eigene Existenzberechtigung nicht aufgeben wolle. Bolivien verlangte nur eine Prüfung, nämlich die, ob die Versammlung zuständig sei oder nicht. Eine Kommission würde am besten eine Klärung der Angelegenheit herbeiführen. Die Redner betonten besonders, dass die Forderung durchaus dem Völkerbundspakt entspräche, und stützten sich dabei auf einen Auspruch Poincarés. Der chilenische Delegierte protestierte dagegen, dass die Frage auf die endgültige Tagesordnung gelegt werden sollte. Der Präsident von Karnebeck stimmte dieser Aussicht zu und schlug vor, dass, um der Versammlung Gelegenheit zur rechtsgerichtigen Überlegung zu geben, die Ausführungen der chilenischen und bolivianischen Delegierten gedruckt und verteilt werden sollten. Eine Entscheidung könne dann in einer späteren Sitzung dieser Tagung erfolgen. Da sich kein Widerspruch in der Versammlung geltend gemacht, erklärte van Karnebeck den Antrag als angenommen.

Den Verhandlungen über das Problem der Vertragrevision kommt im Hinblick auf den Verfaßter Vertrag eine gewisse primärpolitische Bedeutung zu.

Basel, 8. September. (LU.) Dem Pariser New York Herald zufolge erklärten die Vertreter der südamerikanischen Republiken beim Völkerbund: dass sie sehr geringes Interesse am Völkerbund hätten, da dieser sich immer mehr als Konzern für europäische Angelegenheiten entwickle.

Kritik an der Tätigkeit des Völkerbundes.

Genf, 8. September. In der heutigen Vormittagsitzung trat die Völkerbundversammlung in die erste große öffentliche Beratung des Berichts ein, den der Völkerbundsrat der Versammlung ausgestellt hat. Der Bericht legt Rechenschaft ab über die Tätigkeit des Rates bei der ersten Versammlung und die Maßnahmen, die er in Ausführung der vorjährigen Versammlungsbeschlüsse ergriffen hat.

Branzburg-Schwerin eröffnete die Debatte mit einer längeren Rede, die eine sehr entschiedene Kritik an dem Bericht des Völkerbundsrates darstellt. Der Führer der schwedischen Delegation wies darauf hin, dass begreiflicherweise die meisten Vertreter gegen den Völkerbund dem Rate gestehen. Infolge des Zusammenhangs zwischen Völkerbundspakt und dem Friedensvertrag verfolge die öffentliche Meinung, und zwar vor allem der Staaten der Kleinen Entente, mit der größten Empfindlichkeit alle Vorläufe, aus denen man schließen könnte, dass der Völkerbund sich nicht nur von den Geschäftskräfte leiten lasse, die bei dieser Gründung maßgebend waren. Der Völkerbund habe sich mit verschiedenen Fragen überhaupt nicht beschäftigt, aus denen man eine der Erhaltung des Friedens deutliche Lösung erhoffen könnte. In anderen Fällen habe er Entscheidungen getroffen, die unvermeidlich den Gedanken nebstellen, dass bei ihnen Erwägungen mitgespielt, keinen Einfluss auszuüben. Auch seien die von ihm angewandten Methoden nicht immer die günstigsten gewesen. Branzburg sagte wörtlich: „Ich glaube unbestreitbar, dass die Beratungen des Rates oft den Eindruck hervorriefen, dass die Entscheidungen nicht in seinen Sitzungen, sondern wo anders vorbereitet, ja wo anders gefasst wurden.“

Lord Robert Cecil rümpfte die unparteiische Haltung des Sekretariats und unterwarf dann des näheren den Bericht, den er als sehr bemerkenswert, vielleicht nur etwas schwärmäßig bezeichnete. Er beflogte es, dass der polnisch-litauische Konflikt bisher nicht beigelegt worden sei. Er riefte einen Appell an Polen und Litauen, denen man sagen müsse, dass die Fortdauer des Konflikts ein internationaler Skandal sei, er würde den Weltfrieden gefährden. Besonders eingehend besprach Cecil die Mandatsfrage. Er sagte, dass die Entwicklung der unter Mandat gestellten Völker eine heilige Kulturaufgabe sei. Mit höflichen, aber teilweise sehr energischen Worten bestonte Cecil die Verzögerung, die bisher die bestrebende Regierung der Mandatsstädte erfahren habe, sei nicht Schuld des Völkerbundsrates, sondern der amerikanischen Regierung.

Während Lord Robert Cecil sich in der Mandatsfrage mit dem Völkerbund austauschte, fand er starke Töne der Kritik

in dem Teil seiner Darlegungen, die der Ablösungsfrage gewidmet waren. Diese Frage sei noch lange nicht befreitigend gelöst worden, und das bisherige Ergebnis sei noch keineswegs ermutigend. Die Versammlung müsse die Kommission drängen, die Welt könne nicht lange mehr die heutigen Ablösungsausdrücke tragen. Mit großer Lebhaftigkeit fragte Cecil, warum man nicht abstehe, und die Antwort gab er dahin, weil der Staat vor dem anderen Staat Angst habe. Der Völkerbund müsse daher mutig auf dem Wege zur Ablösung forschreiten, nur dann könne er alle seine Freunde durch sein vollendetes Werk überzeugen.

Hierauf verlas Cecil zwei Entschließungen, von denen die erste den Völkerbund dazu befürwortete, daß er die Oesterreichlichkeit zu seinen letzten Sitzungen stärker herangezogen habe und ihm willkürlich auf diesem Wege noch radikaler folgen zu schreiben. Die zweite stellt die Verleppung der Mandatsfrage mit Bedauern fest, betont aber auch, daß der Rat daran unschuldig sei und fordert, daß die Mandatsfrage beschleunigt werde.

Nach einer Stützrede des Führers der persischen Delegation wurde die Sitzung auf morgen vertagt.

Der Streit zwischen Bolivia und Chile.

Gens, 8. September. Der Zwischenfall zwischen Bolivien und Chile soll der Suisse aufgabe einer Lösung entgegengehen. Beide Völker sollen sich, so heißt es, damit einverstanden erklären haben, den Streitfall vor einen Ausschuß zu bringen, welcher prüfen soll, ob die Angelegenheit dem internationalen Gerichtshof zu unterbreiten oder durch den Völkerbund selbst zu regeln sei.

Behandlung neuer Aufnahmegesuche.

Gens, 8. September. Die 5. Kommission der Völkerbundversammlung für die politischen Angelegenheiten besprach heute vormittag die Aufnahmegesuche von Ungarn, Lettland, Litauen und Estland. Es wurde eine Unterkommission von sieben Mitgliedern ernannt, die in jedem einzelnen Falle die Voraussetzungen für das Schluß zu prüfen hat. — Der argentinische Antrag auf Abänderung des Artikels des Völkerbundspaktes über die Aufnahme neuer Staaten, der die Aufnahme aller souveränen Staaten betrifft, ist heute von der Kommission für Änderungen des Paktes abgelehnt worden.

Bolliommene Schließung der polnisch-schlesischen Grenze.

Paris, 8. September. (DA.) Der Berichterstatter der Chicago Tribune in Beuthen meldet, daß die polnisch-schlesische Grenze nunmehr vollkommen abgeschlossen ist. Beide Seiten werden von den interalliierten resp. von polnischen Truppen auf strengste bewacht.

Eine Untersuchungsreise des englischen Verkäfers.

Döppeln, 8. September. (TU.) Sir Gerald Stuart, der englische Vertreter innerhalb der Interalliierten Kommission, ist wieder nach Oberösterreich zurückgekehrt und hat am Donnerstag eine Untersuchungsreise nach dem Industriegebiet angestrebt. In seiner Begleitung befindet sich der Mitarbeiter des früheren englischen Bevollmächtigten Oberst Percival, der deutschfreundliche Major Clark.

Neue Regierungskrise in Polen.

Paris, 8. September. Nach einer Temps-Meldung aus Warschau ist der Finanzminister wegen der Besprechung des Budgets in der Finanzkommission des Reichstages zurückgetreten. In den dem Ministerpräsidenten nahestehenden Kreisen erläutert man, daß diese Demission den Rücktritt des ganzen Kabinetts nach sich ziehen werde. Die Führer der verschiedenen parlamentarischen Klubs traten heute zusammen, um die Möglichkeit einer sofortigen Zusammenberufung des Reichstages zu einer außerordentlichen Tagung wegen der Besprechung der Finanzkommission zu prüfen.

Große Erregung in Speyer.

Über die Ausschreitungen in Speyer berichtet WTB. noch folgende Einzelheiten: Im Laufe der Nacht waren vier Räuberführer, die vor acht Tagen den Bilderdurst im Regierungsbau veranlaßt hatten verhaftet worden. Von Seiten der Arbeiterschaft wurde die Herausgabe der Gefangenen verlangt. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wurde der Generalstreik verkündet. Diese Parole wurde zum größten Teil Folge gegeben. Am frühen Morgen sammelte sich eine große Menschenmenge an, die versuchte, in das Amtsgerichtsgesetz und das Polizeigebäude einzudringen, was aber nicht gelang. Die Menge zog dann weiter vor das Rathaus, um sich dort Eingang zu erzwingen. Die Schutzmannschaft machte von der Waffe Gebrauch, wobei vier Arbeiter verletzt wurden, von denen einer gestorben sein soll. Die Schutzeute wurde schwer mishandelt, sämtliche öffentliche Gebäude sind geschlossen, das Regierungsbau ist stark besetzt.

Speyer, 9. September. (TU.) Die Polizeigewalt hat der französischen General de Meix übernommen, der sie dem französischen Gendarmeriechef übertragen hat. Zur Zeit finden Verhandlungen mit den Behörden und Arbeitern statt. In der Stadt herrscht noch ungeheure Erregung.

Belgische Nationalisten gegen deutsche Sozialisten.

Brüssel, 8. September. (TU.) Die belgische Arbeiterpartei hatte in La Louvière eine Gewerkschaftswoche organisiert, an welcher auch Vertreter des Auslandes, darunter der Deutsche Sassenbach als Vertreter der deutschen Gewerkschaften teilnehmen sollte. Sassenbach wohnte in demselben Hotel wie die belgischen Sozialisteführer de Brouckère und Deman. Der Wirt des Hotels hatte aber Sassenbach gezwungen, das Hotel zu verlassen, worauf die beiden Belgier als Protest ebenfalls das Hotel räumten.

Im Laufe des Tages haben die belgischen nationalen Vereine gegen die Anwesenheit des deutschen Delegierten durch Plakate Protest erhoben. Bei den sozialistischen Kundgebungen, welche gestern abend stattfanden, kam es zu Zusammenstößen zwischen belgischen Patrioten und Sozialisten. Es gelang den Sozialisten, den belgischen Patriotenvereinen sämtliche Fahnen abzunehmen. Die sozialistische Versammlung, an der auch außer dem Deutschen Sassenbach ein Italiener teilnahm und in der Sassenbach sprechen sollte, wurde infolge andauernden喧嚷 und Zwischenrufen wie: „Nieder mit den Boches!“ gesprengt. Auch in später Stunde fanden noch Zusammenstöße statt, wobei mehrere Personen schwer verwundet wurden.

Ungarns Stellung zur Note der Entente.

Budapest, 8. September. (DA.) Über die Note, die von den Ententevertretern gestern der ungarischen Regierung überreicht wurde, erfährt die Presse, daß sie entgegen anders lautenden Meliorungen keinen ultimativen Charakter trage und nicht befristet ist. Es ist bemerkenswert, daß in der Note der Zusammenhang mit der Räumung der Baranya mit keinem Wort erwähnt wird. Die Verjährung in der Überreichung der Note ist darauf zurückzuführen, daß man auf gewisse Ergänzungen über die Einzelheiten der Vorläufe in Westungarn wartete, und diese erst jetzt eingetroffen sind. Gestern abend trat der Ministerrat zum zweitmal zusammen, um über die Note zu beraten. Wie in unterschieden Kreisen verlautet, sind die Meinungen über den Ententevertreter geteilt. Der Außenminister Graf Bánffy nimmt eine nachgiebige Haltung ein.

Wahrscheinlich wird die ungarische Regierung eine Entgegnung ablassen, in der die Befreiungen zurückgewiesen werden, und die Notwendigkeit festgestellt wird, ein Haftplan für die finanziellen Forderungen in der Hand zu behalten. Die Note Österreichs, in der Auflösung wegen des Grenzübertretens ungarischer Banden gefordert wird, ist gestern in Budapest überreicht worden.

Ungarische Unzufriedenheit in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 8. September. (DA.) Die Narodny Volnica meldet, daß die Polizei in den ehemals ungarischen Gebieten in der Slowakei ganze Zentralen der ungarischen Aufstandsbewegung entdeckt hat. So wurde in Pressburg ein Detektiv der ungarischen Staatspolizei mit einer ganzen Reihe anderer Staatsangehörigen wegen Spionage verhaftet. Das agrarische Blatt Venkov sagt in Bezeichnung der Vorfall in Westungarn, daß dem Verhalten der ungarischen Monarchisten bald Einhalt geboten werden müsse, denn könnten die österreichischen Monarchisten aus dem Beiträgen der Ungarn Mut schöpfen und dann könnte die wichtige Frage entstehen, ob die kleine Entente mit verschrankten Armen zuschreien könnte, wie in Österreich und Ungarn der Einfluß der Monarchisten immer stärker wird.

Rumänisches Angebot an Österreich.

Wien, 8. September. (TU.) Der rumänische Handelsminister, der sich wegen des Abschlusses eines Handelsvertrags zurzeit in Wien befindet, hat Österreich den Vorschlag gemacht, der kleinen Entente beizutreten. Er betonte die freundsfamilienartigen Beziehungen Rumäniens gegenüber Österreich. Die Haltung Ungarns verwirrte er und sagte die Bereitswilligkeit militärischer Unterstützung zu.

Neuer Angriff ungarischer Banden.

Wien, 8. September. Das Korr.-Bureau meldet: Der Gendarmerieposten in Agendorf ist heute von übermächtigen Banden, die auch Kavallerie bei sich hatten, angegriffen worden. Es mußte sich nach Mattersdorf zurückziehen. Nach Mitteilung der interalliierten Generalkommission in Oedenburg, die sofort heute vormittag von der österreichischen Regierung auf diese neuen Vorfälle aufmerksam gemacht und gebeten wurde, Teile des Bundesheeres verwenden zu dürfen, mache sich das Detachement Ostburg auf die Nachricht von Bandenüberfällen mit seiner Kavallerie daran, die Banden anzugreifen und zu zerstreuen, wobei 100 Mitglieder zu Gefangen geworden sind.

Auf dem Wege zu einer englisch-irischen Verständigung?

TU. London, 9. September. Der Inhalt der britischen Antwort an de Valera ist nun bekannt. England hat beschlossen, Vertreter des irischen Parlaments zum 20. September nach Irland einzuladen. Die britischen Vertreter für die irischen Angelegenheiten sind Lloyd George, Lord Birkenhead, Lord Curzon, Chamberlain, Churchill, Sir Hamar, Greenwood, Evans, Shorthorn, Munro und Horne. Über dieses Angebot sagt der Daily Telegraph, daß das britische Ministerium eine neue Gelegenheit zu weiterer Aussprache haben wolle. Die Antwort bedeutet de Valera, daß englischerseits die Forderung gestellt wird, daß Irland auf die Forderung einer selbständigen Republik verzichtet und als Schwesterland in der englischen Staatengemeinschaft erscheint. Barton, der die Antwort an de Valera überbringt und Mitglied des Sinnfeiner-Kabinetts ist, äußerte sich sehr optimistisch über die Antwort und erklärte, er hoffe, daß nur Gutes daraus hervorgehen werde. Daily News sind der Ansicht, daß an kriegerische Maßnahmen erst im letzten Augenblick gedacht wird. Die Antwort bedeute lediglich, daß der Notenwechsel aufhört und durch persönliche Besprechungen erachtet werden soll.

Die englische Antwortnote.

TU. London, 9. September. In der Antwort des englischen Kabinetts an de Valera, die von Lloyd George unterschrieben wurde, wird u. a. gefragt: Der Vorschlag unserer Regierung beruht auf dem Einvernehmen mit unseren Untertanen. Hieraus kann nicht geschlossen werden, daß dies zur Republik führen müsse. Denn das wäre eine Verleumdung der Krone. Eine Besprechung über diesen Punkt ist unmöglich. Eine derartige Forderung würde das demokratische Staatswesen untergraben. Wir haben Sie eingeladen, unsre Vorschläge auf Ihren inneren Wert zu ergründen, damit Sie sich von dem Umfang und Ernst unserer Vorschläge überzeugen können. Sie können dabei die Bürgerhaften vorbringen, die Sie nicht in Einklang mit Irland bringen zu können glauben. Unsre Regierung glaubt nicht, Ihre Bedenken aufzuweisen zu müssen, ohne eine weitere Besprechung zu suchen. Eine Abweisung kann nur bedeuten, daß Sie alle Treue zur Krone vermissen lassen. Wir hoffen jedoch, daß unsre Schlufffolgerung nicht zutreffet, und Sie mit unsrer Regierung einig sind, daß dieses Problem nicht länger aufgeschoben werden kann. Wir haben daher nicht gezögert, Sie zu einer neuen Besprechung einzuladen, wie der Abschluß Irlands an das britische Reich am besten mit den irischen nationalen Wünschen in Einklang gebracht werden könne. Wir hoffen, daß Sie unserm Angebot zustimmen werden. Dann schlage ich vor, eine Zusammentunft am 20. d. M. in Irland stattfinden zu lassen.

Lord Georges Antwort an die Gewerkschaften.

London, 8. September. Einer Blättermeldung zufolge habe Lloyd George dem Gewerkschaftskongress in Cardiff bezüglich der irischen Verhandlungen geantwortet, niemand widerstehe sich mehr dem Blutvergießen als die englische Regierung und am meisten dem brudermörderischen Kriege zwischen Bürgern desselben Reichs. Jedoch das Zeugnis der größten demokratischen Staatsmänner in der Geschichte bestärke ihn in dem Glauben, daß selbst Blutvergießen immer noch besser sei als das Auftauchen eines lebendigen politischen Organismus, dessen Stärke und Einheit wesentlich sei für die Freiheit der Welt.

Folgen der Massenarbeitslosigkeit in England.

London, 4. September. (Meiner.) Das Obergericht hat der Polizei befohlen, 30 Mitglieder des Gemeinderates von Poplar (Arbeiterviertel von London) zu verhaften. Einige sind schon verhaftet worden, darunter Lansbury, Herausgeber der Arbeiterzeitung Daily Herald. Fünf wohlbare Gemeinderäte sollen morgen verhaftet werden. Das oberste Gericht hat die Festnahme verfügt, weil diese Gemeinderatsmitglieder sich geweigert haben, gewisse Steuern einzuzahlen unter dem Vorwurf, die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung hätte die Steuerzahler von Poplar erstickt. Die Verhaftungen wurden in vollkommenen Ordnung durchgeführt. Große Scharen von Arbeitslosen begleiteten die Verhafteten, als sie von der Polizei fortgeführt wurden.

London, 5. September. Die Arbeiterpartei hat ein Schreiben an Lloyd George gerichtet, in dem die Notwendigkeit der sofortigen Einberufung des Parlaments dringend hervorgehoben wird, um Schritte zur Unterstützung der Arbeitslosen zu tun. Andersfalls sollte die Regierung genügend Mittel zur Verfügung stellen, um die örtlichen Behörden in die Lage zu versetzen, Unterstützungen zu zahlen.

Polizei gegen Arbeitslose in England.

London, 8. September. Telegramme aus verschiedenen englischen Städten melden, daß sich die Arbeitslosen in Zügen zu den

nördlichen Behörden begeben haben, um von ihnen Hilfe zu erhalten. Es sind einige Zusammenstöße mit der Polizei gemeldet worden. Heute hat eine Menge von 4–5000 Arbeitslosen den Bereich in den Hauptstraßen von Liverpool unterbunden. Gleichartige Zusammenstöße haben sich in Bristol zugestellt, wo die Polizei mit Feuerwaffen eingriff.

London, 8. September. Gestern abend versammelte sich in London eine große Menschenmenge vor dem Holloway-Gefängnis, um gegen die Verhaftung der Stadtverordneten von Poplar einzutreten.

Mangel über das hungrende Rußland.

Gens, 8. September. Mansen gab Vertretern der Kreise einige interessante Ausführungen über das Hilfswerk für das hungrende Rußland. Nach seiner Ansicht wären 4 Millionen Tonnen Nahrungsmittel nötig; Rußland glaubte 2 Millionen Tonnen liefern zu können. Das internationale Hilfswerk müsse also seinerseits 2 Millionen Tonnen liefern. Die Hungersnot breite sich von der Wolga bis zum Kaspius aus. 20 bis 25 Millionen Menschen seien ungsicher. Das Dringendste sei, Saatgut zu beschaffen. Wenn das nicht möglich sei, dann würden Menschen und Vieh sterben müssen. Über die Verhaftung des armenischen Komitees fragt, wie Mansen darauf hin, daß dadurch grobe Schwierigkeiten hervorgerufen werden seien. Es wäre eine unheimbare Aufgabe, die er übernommen habe, aber nur mit Optimismus könne man sich an sie heranmachen. Auf die Bemerkung eines Pressesprechers, daß die Pariser Kommission eine Untersuchung anstelle, erklärte Mansen, daß das sehr schön sei, aber das würde die unmittelbare Hilfe nicht einschränken. Man dürfe keinen Augenblick mehr verzögern. Der warme und aufrichtige Ton seiner Ausführungen machte einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer. Das Sekretariat des Völkerbunds veröffentlicht den Bericht des Abkommens, das am 27. August in Moskau zwischen Mansen, dem von der Genfer Konferenz für die Hilfe in Rußland ernannten Ober-Kommissar und Tschitscherin, Vorsitzender des Auswärtigen der Sowjetrepublik, abgeschlossen wurde.

London, 8. September. Daily Telegraph meldet, daß die Bemühungen Mansens, hierige amtliche Kreise von der Notwendigkeit der Gewährung eines Kredits von 10 Millionen Pfund Sterling an die russische Räteregierung zu überzeugen, erfolglos geblieben sind. Wie der Star vom Auswärtigen Amt erfuhr, wird sich eine internationale Mission, sobald die Sowjetregierung ihre Zustimmung gibt, bald nach Rußland begeben, um zu prüfen, in welcher Weise den Opfern der Hungersnot am besten geholfen werden kann.

Druck Amerikas auf Frankreich?

Neuport, 8. September. (DA.) Im amerikanischen Senat macht sich eine Strömung geltend, um den Imperialismus Frankreichs zu bekämpfen, von Frankreich die Zahlung seiner Schulden an die Vereinigten Staaten in Höhe von 3½ Milliarden Dollars zu verlangen, weil man in dieser Maßnahme ein Mittel erblickt, die Rüstungen einzuschränken.

Schwere Kämpfe bei Melilla.

Madrid, 8. September. (DA.) In der letzten Nacht eingeschlossene Berichte aus Marocco stellen fest, daß seit 48 Stunden die Marokkaner ihren Druck auf die vorgeschobenen Stellungen bei Melilla verstärkt. Längst der ganzen Front sind sehr harte Kämpfe im Gange. Die Verstärkung der Truppen kann sich nur unter größten Schwierigkeiten vollziehen. Die Schiffssartillerie des Kreuzers Alfonso XII. unterstützt die Batterien Melillas. Zwei Kilometer vor Melilla grissen die Mauren die vorgeschobene Stellung von Mezquita mit Dynamit und Handgranaten an. Die Stellung mußte von den Spaniern geräumt werden, wurde jedoch dann durch Freiwilligenlegionäre wieder genommen. Nach Mitteilungen aus dem spanischen Kriegsministerium sind für die Gegenoffensive der Spanier drei Heeresgruppen aufgestellt worden, die unter dem Kommando der Generale Sanjurjo, Cabanellas und Berenguer, dem Bruder des Oberkommissars, stehen. Insgesamt sind in und um Melilla 50 000 Mann und 200 Geschütze konzentriert.

Was der spanische Kriegsminister wissen möchte.

Madrid, 8. September. (TU.) Der Sonderkorrespondent des El Sol in Melilla bespricht die Reise, die de la Verna, der spanische Kriegsminister, nach Melilla unternommen hat, und schreibt: „Ohne Zweifel ist die de la Verna nach Melilla gekommen, um zu erfahren, warum ein Armeekorps, bestehend aus 24 000 Mann mit seinem Generalstab, Artillerie, Zugzeugen, befestigten Stellungen usw., von einer Bande, die nur mit Gewehren bewaffnet war, vor nichts verloren hat. Alles dies erfolgte auf einem Gebiet von 130 Kilometern, dessen Eroberung drei halbjährige, zwölf Jahre Anstrengungen, rund hundert Millionen und zahlreiche Blutopfer kostet hat.“

„Ordnung und Ruhe“ in Virginia.

Washington, 8. September. (DA.) General Vandohol, der Kommandeur der in das westvirginische Aufreghheitsgebiet entsandten Bundesstruppen, meldete der Regierung, daß sich die Bergarbeiter überall unterworfen und aus dem Aufreghheitsgebiet sich in ihre Wohnorte zurückgezogen haben. „Ordnung und Ruhe“ seien so vollkommen wieder hergestellt, daß das 26. Infanterieregiment aus dem Kohlenrevier nunmehr zurückgezogen werden könne. Entgegen anderslautenden Meldungen ist im übrigen im Kohlengebiet Westvirginia der Kriegszustand nicht verklündet worden.

Der Aufstand in Süddindien.

London, 8. September. (DA.) Der Vizekönig von Indien, Lord Reading, hielt in einer gemeinsamen Sitzung des Staatsrats und der gezeigenden Versammlung von Indien in Simla eine Rede, in der er die gegenwärtige Lage in Indien zur Besprechung brachte. Er stellte fest, daß die britische Regierung die Lage im Aufreghheitsgebiet wieder völlig beherrsche, und war dank der prompten und wirksamen Aktion der Land- und Marine truppen. Doch seien die Folgen des Aufstands verhängnisvoll. Er habe zahlreiche Opfer an Leben und Eigentum gefordert; einige Europäer und viele Hindus seien dahingemordet worden, Eisenbahnen verhindert, die Erde vernichtet worden. Man habe von einem zeitweiligen Zusammenbruch der Zivilgesellschaft reden müssen.

Bombenattentat in Turin.

Paris, 8. September. Nach einer Meldung des Intendanten aus Turin wurde gestern in das Kurhaus in Varazze, während die Musi spielt und eine große Menge sich im Saal befand, eine Bombe geworfen. Die Wirkung der Explosion war furchtbar. Fünf Frauen und fünf Kinder sind schwer verletzt. Bedeutender Sachschaden ist angerichtet worden. Man glaubt, daß es sich nicht um einen anarchistischen Anschlag, sondern um einen Racheakt gegen den Besitzer des Kurhauses handelt.

Verantwortlich für den reaktionellen Teil:

Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseraten Teil:

Friedrich Biller, Borsig-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Amtliche Bekanntmachungen.

Laucha. Bei der vor einiger Zeit stattgefundene Durchsuchung der Obstbäume ist die Blutlaus festgestellt worden. Die Grundstücksbesitzer und Gartnerei-Inhaber oder deren Stellvertreter werden deshalb hiermit aufgefordert, für Bekleidung dieser Schädlinge bis 15. September 1921 befreit zu sein. Nichtbefolgung dieser Auflösung wird bestraft. Nachkontrolle findet statt. Der Stadtrat.

Sparförsse Engelsdorf-Sommerfeld-Möllau
Sitzung 3^{1/2}%. Tägliche Versammlung.
Expedient wird jeden Werktag vormittags
in Engelsdorf, Sommerfeld und Möllau.

Sparkasse Paunsdorf.
Geschäftsstätte:
Montags bis Freitags 8—2 Uhr,
Sonnabends 8—1 Uhr.
Tägliche Verzinsung mit 3^{1/2} Prozent.
Postcheckkonto Detvala Nr. 41390.
Kontrollmarken.

USPD. Groß-Leipzig

Döbel-Dösen. Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Rest. zum Part. Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Stadtoberwahlen. Ref.: Gen. Freitag. 2. Aufstellung von Kandidaten für dieselben. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Gaschwitz-Großstädteln Sonnabend, 10. Sept., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Feldschloß Großstädteln. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Kleinzschocher. Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung in der Terrasse. Tagesordnung: Städtische Angelegenheiten, Vorstöße. Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Mödern. Montag, den 11. September, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Carolabad. Tagesordnung: 1. Vortrag mit Reklamation über proletarische Freiheitsdichter und ihre Dichtungen. Ref.: Gen. Schlegelmilch. 2. Die nächsten Stadtoberwahlen. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Schönau. Sonnabend, den 10. September, abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Alten Gaithof. Tagesordnung: 1. Partei- und Vereinsangelegenheiten. 2. Gemeinderatswahl. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Leipzig.

Großhandel, Einzelhandel und alle anderen Handelsbranchen Die Streitunterstützung für die am Streit beteiligt gewesenen Handelsarbeiter und Arbeitnehmer wird am Sonntag, dem 11. September vormittags 9 bis 12 Uhr, in nachstehenden Lokalen ausgezahlt:

1. Sanssouci, Elsterstraße.
 2. Frolladobahnhof, Delitzscher Straße 7a.
 3. Westendhallen, Blauekerche Straße 41.
 4. Volkshaus, Zimmer 1.
 5. Feldschloß, Bornaische Straße 56.
 6. Dreil Mohren, Seite Straße 7.
- Die Kollegen und Freunde müssen sich in den Lokalen einfinden, in denen sie während des Streits kontrolliert wurden. Das Verbandsbuch ist unter allen Umständen mitzubringen.
- Die Streikleitung der Handelsarbeiter. Ausscheiden! Im Betrieb zirkulieren lassen!

Achtung, Kutscher u. Kraftwagenführer
in Fabrik und Baubetrieben.

Sonnabend, den 10. September, abends 7 Uhr
Versammlung im Volkshaus, Seitzer Straße 32, Zimmer 9.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme über das Ergebnis unserer Eingabe. Lohnverhöhung bestreitend.
2. Diskussion und Schlussfassung.
Vollzähliges Erscheinen aller Kollegen bringend nötig.
Deutscher Transportarbeiterverband
Verwaltungsstelle Leipzig.

Metallarbeiter

Berband Die Abteilung liegt allen Mitgliedern zweitlich zur Verfügung und können Wörter während der Versammlung entlehnen werden. Erneuerungen müssen gegen Entfernung eines Verdunstung innerhalb drei Tagen erfolgen.

Heizungsmeuteure und Hesser Sonnabend, den 10. September, abends 7 Uhr; Versammlung im Volkshaus, Tagesordnung: Bericht der Lohnkommission.

Die Brancheleitung.

Schmiede Montag, den 12. September, abends 7 Uhr; Branchenversammlung im Volkshaus, Café links.

Die Brancheleitung.

Baulempner Dienstag, den 13. September, abends 7 Uhr; Vertreitungsversammlung im Volkshaus. Wichtigste Tagesordnung. Die Leitung.

Gelbmetallarbeiter Dienstag, den 13. September, abends 7 Uhr; Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute im Volkshaus.

Norden Dienstag, den 13. September, nachmittags 5 Uhr; Sitzung der Vertreitungsleute und Betriebsräte im Ritter-Auschnitt. Die Wichtigkeit der Tagesordnung bedingt vollzähliges Erscheinen.

Das Agitationskomitee Norden.

Osten Dienstag, den 13. September, abends 7 Uhr; Vertreitungsversammlung und Betriebsräte "Grüne Aue", Anger, Bernhardistraße 26. Das Agitationskomitee O.-Ost.

Koffer — Reisetaschen

Beste Qualitätsarbeit
Direkter Verkauf ab Fabrik!
Eigene Fabrikation und Reparaturwerkstatt
Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16...



Henkel's

Seifenpulver

Hersteller:
Henkel & Cie
Düsseldorf.

Nächsten Sonntag, den 11. September
vormittags 10 Uhr pünktlich:

Große Öffentliche Versammlung

in der Alberthalle des Kristallpalastes.
Hier tritt Herr M. E. G. Gottlieb aus Heidelberg
vor. des Zentralverbandes für Barlott der Heimlebenden G. K.

über:
**Die Ausbeutung des Volkes
durch die Medizin.**

Freie Aussprache. Eintritt 1 Mt. (einschließlich Steuer).
Die Herren Aerzte sind eingeladen.
Alles Nähere ist aus den Plakaten an den Anschlagläufen ersichtlich.

Arbeiter-Schwimmverein Knautkleeberg u. Umg.

Sonnabend, den 10. September 1921

Erstes Stiftungsfest
im Gasthof zum weißen Ross.
Einlaß 6 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende ???.
Freunde und Gönner unseres Sportes sind hierdurch
herzlich eingeladen. Der Vorstand.

Achtung, Poliere.

Verein der Werkmeister im Baugewerbe

Sonntag, den 11. September, vormittags 9 Uhr
Außerordentliche Versammlung im Excelsior.
Bericht von den Lohnverhandlungen sowie Stellungnahme
hierzu. Das Erscheinen aller ist dringend notwendig. D. V.

Arbeiter und Arbeiterinnen

welche in der

Rheinischen Sektkellerei, Leipzig

tätig waren, werden gebeten, gegen Erfüllung der Un-
kosten Ihre genaue Adresse einzulenden an

Rechtsanwalt Dr. Hirschfeld, Berlin
Friedrichstraße 4.

Am besten kommt man über den
langen Winter und härtet sich
ab, wenn man die

**Luft- und Sonnen-Bäder im
Germaniabad** benutzt. Das
ganze Jahr geöffnet

Holzpantoffel-Fabrik
von
Bruno Nietzsche, Leutzsch, Hauptstr. 63

offerten
• Holzpantoffel in allen Größen •
mit sehr gutem Leder zu billigen Preisen.

Achtung!
Bringe meine Neuheiten in
Damen-Kleiderstoffen
(Abgabe auf Teilstück) in empfehlende Grinnerung
M. Rieger, L.-Schleußig, Schnorrstr. 34

Koffer — Reisetaschen

Beste Qualitätsarbeit
Direkter Verkauf ab Fabrik!
Eigene Fabrikation und Reparaturwerkstatt
Karl Blaich Windmühlenstraße 32
Tauchaer Straße 16...

Achtung! Letzte Lieferung vor der Steuer! Achtung!

Osterreicher Landtabak 50 g 2.50. Grenzer Tabak 100 g 5.—
Varinas-Krull 1/2 Pf. 12.50. Kaiser-Mischung 100 g 7.50
Havanna-Fiefschnitt 50 g 3.50. 100 g 7.— Mf.
Österreichische Zigarette: Sport, Membris, Damas, Egypt
Echt Brüder-Shag-Pfeifen (Gelegenheitskauf)

A. Liebig, L.-Neustadt, Kirchstraße 83
an der Eisenbahnstraße, haltest. der Linien 2, 3 u. 17.

Achtung! Letzte Lieferung vor der Steuer! Achtung!

Prima Leberwurst 2 Pfund-Dose 4.50
u. Margarine, Schencklicher zu billigen Preisen.
„Fortuna“-Tunnel, Brüderstr. 22, Ende Turnerstr.

Gepök. Schweinsknochen ... Pfund 7.00
Ganze od. halbe Schweinsköpfe ... Pfund 6.50
Schweinsherzen ... Pfund 6.50
Spitzbeine ... Pfund 6.00
Geräuch. Schweinefleisch, schön durch-
wachsen, fast knochenlos ... Pfund 13.00
Ger. Schweinefleisch (Karbonaden) Pf. 14.00
Geräuch. Schinkenspeck ... Pfund 15.00
empfiehlt

Herden, Markthalle, Galerie, Stand 8

Achtung! Verpfunde

Freitag und Sonnabend prima billiges
Ochsenfleisch das Pfund von 6 Mf. an
Gehaltes 9 Mf., da billige Wurst von 12 Mf. an
R. Ritter, Markthalle, Galerie Stand 38
und Borsdorf, Peitziger Straße 41.

Erlaubnis zum Großhandel!

Stand 97 Markthalle Stand 97
Heute und Sonnabend findet nur hier ein billiger
Verkauf statt!

Prima Speck 13.—

Prima gesalz. Schweinefleisch 10.—

Prima geräuch. Schweinefleisch 13.—

Außerdem Margarine u. Schmalz zu billigsten Tagespreisen

Achtung! Achtung! Achtung!
Kalbsfleisch und Keule ... Pfund 12.00
Pfefferfleisch ... Pfund 11.00
Da frisches Rindfleisch s. Braten ohne Knochen ... Pfund 14.00
Rölladen ohne Knochen ... Pfund 14.00
Gebäck von frischem Rind ... Pfund 12.00
Blut, Leber, Süßwurst ... Pfund 10.00
Knadwurst Pfund 14.00, harde Knadwurst Pfund 16.00
Kurt Haft, Lindenau, Markt 16.

Achtung! Verpfunde am Sonnabend Achtung!

Prima Rind- u. Hammelfleisch

per Pfund 7.50 Mf. per Pfund 8.00 Mf.

Bartsch, Liebertwolkwitz.

Ia Fussbodenfackfarbe Kg-Dose Mk. 16.00
bl. - u. mittelbraun, bl. - u. dunkelgrau, a. f. K.-Möbel

Ia Fussbodenlack Kilo 19.00 u. 23.00

Emaillelack feinst, blendend weiss Kilo-Dose Mk. 25.00

Weisse Lackfarbe Kilo-Dose Mk. 20.00

Sämtl. Lacks, hart trocken, nicht abblätternd.

Artur Reichel, Sidonienstraße 24

Oel- und Lackfarben-Fabrik. Telephon 7266.

Bitte täglich meine Schaufenster
mit billigen **Hutpreisangaben**
zu beachten!

Carl Emil Ahlemann
Leipzig, Thomasgasse 11
Größtes Spezial-Putzgeschäft Sachsen.

Familien-Nachrichten

Teilnehmenden Verwandten und Freunden wi-
den wir die traurige Mitteilung, daß der Maurer

Gustav Adolf Engel
im Alter von 78 Jahren Janst entschlafen ist.
Paunsdorf, den 8. September 1921.

Gustav Jacob und Frau.
Die Beerdigung findet Montag, nachm. 5 Uhr
von der Kapelle des neuen Friedhofes aus statt.

Ganz unerwartet verstarb Mittwoch, den 7. Sept.,
abends 11^{1/2} Uhr, unsere liebe Mutter, Schwieger-
und Großmutter Schwestern, Schwägerin und Tante,
Gretel Schönauer-Windorf, Knauthainer Str. 10.
Im Namen aller hinterbliebenen
Die Kinder.

Beerdigung Sonnabend nachm. 3 Uhr vom Trauerhause.

Infolge Unglücksfalls verschied am 7. September
unter lieber Sportgenosse

Kurt Dörfel
Ein dauerndes Andenken wird ihm bewahren
Fußballabteilung Germania, L.-Gohlis.

Die Sportgenossen treffen sich Sonnabend 4.11 Uhr
am Gohliser Friedhof.

Statt Karten. Für die wohlverdienten Beweile
herzlichste Anteilnahme und Liebe beim Sünden
meiner lieben unvergesslichen Frau

Frieda Krause geb. Mierisch
lasse ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten
meinen herzlichen Dank.

L.-Sellerhausen, Wurgener Str. 30.
Otto Krause und Sinterbliebene.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Gemessenes	flüssiges	Tiefst-	Auf-	Wind-	Wetter-	Temperatur-
Zeit	Zeit	Grund	Luft-	richtung	ausland	extreme
			Temperatur			am
8. Septbr. nachm. 2 U.	58,1	25,4	88	0	8	Heiter, trocken 24,4
8. Septbr. abends 9 U.	58,0	14,5	84	N	1	Antri, trocken 7,7
8. Septbr. abends 7 Uhr	58,2	12,2	91	0	1	Abtri, trocken 0,0
Mittagsmuster Wetterverlauf: Vorwiegend trostl., heiter, trocken fallendes Barometer.						

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. September.

Parteiangelegenheiten.

Lauda. Die für morgen abend angekündigte Mitgliederversammlung muss umständshalber um einige Tage verschoben werden. Der Tag der Versammlung wird bekanntgegeben.

Die Furcht vor dem Weltmarktpreise.

Der Auslandszucker ist trost bei schlechtem deutschen Zucker billiger als der Inlandszucker. Deshalb soll er nicht nach Deutschland herangelassen werden. Am 1. Oktober fällt die Zwangswirtschaft für Zucker. Die Zuckerkontrollen sind aber gar nicht entgangen davon. Am liebsten hätten sie diese Wirtschaft noch aufrecht erhalten, weil sie vortrefflich geeignet war, die Verbraucher gehörig zu schärfen. Während sonst die Beseitigung der Zwangswirtschaft mit dem Hinweis auf die höheren „Weltmarktpreise“ verlangt worden ist, wird jetzt erwogen, wie sich die Zuckerverbände und Rübenbauern vor den niedrigeren Weltmarktpreisen schützen sollen. Der alte Apparat, Schuhölle und Grenzverträge, soll wieder in Anwendung gebracht werden. Im Inland ist man dabei, eine private Zwangswirtschaft, ein Zwangsyndikat aufzubauen. Die freie Wirtschaft, für die man sonst so schwärmt, soll nicht zugelassen werden. Über diese Bestrebungen am Zuckermarkt berichtet die agrarische Presse:

Der springende Punkt bei der Übergangswirtschaft ist die Preisfrage des Zuckers. Im neuen Betriebsjahr sollen die Zuckerpriize auf der Höhe erhalten werden, die sie beim Ausgang des alten Betriebsjahrs eingeschlagen haben. Der schon angeführte Vertrag soll hier die Sicherung bringen. Es bedarf aber noch einer weiteren Sicherung, und zwar der Ausschaltung billigerer ausländischen Zuckers. Hier soll ein Zuckertzoll helfen, dessen Höhe auf 20 M. für den Zentner beantragt ist. Die Reichsregierung wird für die Zeit der Übergangswirtschaft die Regelung von Ein- und Ausfuhr in der Hand behalten. Vorläufig bleibt bei diesem verboten, und nur von Fall zu Fall sollen Entscheidungen getroffen werden.

Der ausländische Zucker ist also billiger. Er darf nicht vom deutschen Verbraucher bezogen werden. Zunächst hat die allgemein fahrbereite Regierung die Einfuhr verboten. Und später soll ein Zuckertzoll die Interessen der Zuckeraufzüchter und Rübenbauern schützen.

So wird der Verbraucher ausgewehrt, damit die Interessen hohe Profite herausschöpfen können. Welch enorme Gewinne die Zuckeraufzüchter abwerfen, ist bekannt. Und die Rübenbauern erhalten jetzt einen Preis von 20 M. für den Zentner Rüben, während sie vor dem Kriege 80-90 Pf. verlangten. Da sie beschäftigen sie — ausländische Arbeiter; während hundertausende inländischer Arbeitskräfte ohne Beschäftigung und auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen sind.

Wie herrlich ist doch diese Profitwirtschaft, die von allen bürgerlichen Parteien und der gesamten bürgerlichen Presse mit Eisern verfeindet wird.

Im Reichstage muss aber dieser Wucher mit Zucker abhängend gebracht werden. Vor allem muss dafür gesorgt werden, dass die Grenzen für die Einfuhr geöffnet werden.

Der Städtetag zu der Finanzpolitik.

In einer Vorstandssitzung des Deutschen und Preußischen Städteages wurde folgende Entschließung gefasst:

Die Steuerpolitik des Reiches legt die Wirtschaft der deutschen Gemeinden lahm. Das Reich hat ihnen die sofortige Erfüllung ihrer Kriegsausgaben versagt und ihnen die Ausbringung der Utensilien dafür zu einem Zeitpunkt überlassen, wo der Markt für Gemeindeutensilien stillgelegt. Es hat den Gemeinden die Zuschläge zur Einkommensteuer genommen und ihnen schließlich auch die Besteuerung des reichsteuerfreien Einkommens nachträglich wieder entzogen, obwohl die Gemeinden ihren Haushalt schon darauf eingestellt hatten. Die Gemeinden sind jetzt zu neuen großen Mehrausgaben für Gehälter und Löhne gezwungen, für die ihnen die Deckung fehlt und vom Reich und den Ländern verworfen wird. Die Fortführung dieser Politik führt notwendig zum Zusammenbruch der Gemeinden. Die Gefahr ist um so größer, als die unerträgliche Verzögerung der endgültigen Verantragung der Reichseinkommensteuer für 1920 bewirkt, dass die Gemeinden nicht einmal den ihnen für 1920 gewohntesten Anteil erhalten. Der Vorstand des Städteages fordert deshalb in erster Linie: 1. Wiederherstellung des Zuschlagsrechts der Gemeinden bei der Einkommensteuer. Wenn die nicht durchführbar ist, Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Reichseinkommensteuer. 2. Festlegung des Anteils der Gemeinden an der Körperschaftsteuer in demselben Verhältnis wie bei der Einkommensteuer. 3. Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer. 4. Große Beleidigung der endgültigen Reichseinkommensteuerverantragung für 1920. 5. Berechnung der jeweiligen Gewährleistungssumme (Soll 1919 mit Zusatz) nach dem Stande nicht von 1919, sondern von Ende 1920. 6. Deckung der neuen Mehraufwendungen für Erhöhung der Gehälter und Löhne.

Man kann nur wünschen, dass der Rotschrei über die bankrotten Gemeindefinanzen bei der Reichsregierung auch Beachtung findet. Ob freilich die vom Vorstand des Städteages geforderte Wiederherstellung des Zuschlagsrechts der Gemeinden bei der Einkommensteuer der richtige Weg für die Beseitigung der Finanznot der Gemeinden ist, wird noch stark umstritten. Jedenfalls würden unter den jetzigen Verhältnissen in den großen Städten mit ihrem Riesenbedarf die Zuschläge auf die Einkommensteuer am höchsten ausfallen, was eine unverhältnismäßig hohe Belastung der arbeitenden Bevölkerung in diesen Gemeinden zur Folge haben würde. Es besteht die Gefahr, dass Gemeinden mit vorwiegender

Arbeiterbevölkerung gezwungen würden, weit höhere Zuschläge zu den Einkommensteuern zu erheben als andre Gemeinden. Diese Zuschläge zur Einkommensteuer sind also unter den jetzigen Verhältnissen nicht das geeignete Mittel, die Finanznot der Gemeinden zu beheben. Vielmehr muss vom Reiche gefordert werden, dass die Gemeinden ausreichend mit Geldmitteln versorgt werden, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Die erwähnte Vorstandssitzung des Städteages hat auch den auf der Stuttgarter Hauptversammlung des Städteages beschlossenen Studienausschuss zur Prüfung des deutschen Gemeindeverfassungsgesetzes eingesehen. In den Ausschuss wurden gewählt: die Herren Oberbürgermeister Böß-Berlin, Adenauer-Köln, Belitz-Magdeburg, Blüm-Dresden, Dr. Kuhler-Mannheim, Luppe-Nürnberg, Lüther-Essen, Lohmeyer-Königsberg, Mitzlaff-Görlitz-Darmstadt, Nive-Halle, Schnadendorf-Altona, Nollner-Rüstringen, Kehler-Meiningen, Weiß-Ludwigshafen, Bürgermeister Knorr-München, Rechstät Rupp-Stuttgart, Stadtrat Dr. Herz-Berlin, Seeger-Leipzig. In den Vorstand wurde Oberbürgermeister Achilles-Altenburg hinzugewählt.

Ausgaben und Zusammensetzung der Versorgungsbehörden.

Amtlich wird uns geschrieben: Den Hauptversorgungsämtern und Versorgungsämtern liegt die Durchführung der Versorgung der früheren Angehörigen der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes vom 12. Mai 1920 und der älteren Versorgungsgesetze im Verwaltungsverfahren ab. Die Hauptversorgungsämter und die zur Zeit noch bestehenden Marineversorgungsämter Kiel und Wilhelmshaven sind dem Reichsarbeitsministerium unmittelbar, die Versorgungsämter den betreffenden Hauptversorgungsämtern unterstellt.

Hauptversorgungsämter befinden sich in folgenden Orten: Berlin (Hauptversorgungsämter Berlin und der Provinz Brandenburg), Königsberg i. Pr., Stettin, Magdeburg, Liegnitz, Breslau, Münster, Altona, Hannover, Kassel, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Gera, Dessau Danzig, Frankfurt a. M., Leipzig, Altenstein, Saarbrücken, München, Würzburg und Ulmberg. Zum Bereich des Hauptversorgungsamtes Leipzig gehören die Versorgungsämter Annaberg, Aue, Auerbach, Borna, Chemnitz, Döbeln, Glauchau, Leipzig, Plauen, Roßlau, Wurzen und Zwickau.

Die Hauptversorgungsämter sind zur Zeit noch zuständig für die Entscheidung in allen Angelegenheiten der Kapitalabsindung, für die Umanerkennung der Bezüge der Kriegsbeschädigten — mit der sich aus nachfolgendem Absatz ergebenden Einschränkung — sowie für die Umanerkennung der Hinterbliebenenbezüge nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 für die erstmalige Feststellung von Hinterbliebenengebühren, die sich auf einen vor dem 1. April 1920 eingetretene Todestall stützen und für die Bevölkerung und Rettersangelegenheiten. Für die Bevölkerung und Entscheidung aller übrigen Versorgungsangelegenheiten sind die Versorgungsämter zuständig.

Zur Beleidigung der Umanerkennung der Versorgungsgebühren ist vom Reichsarbeitsministerium unter dem 5. August 1921 angeordnet worden, dass diese Arbeiten allmählich vorzutragen, aber bis zum 1. Januar 1922 auf die Versorgungsämter überzuweisen sind.

Verfügung auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes und der früheren Gesetze wird nur auf Antrag gewährt. Für die Umanerkennung, die von Amts wegen erfolgt, bedarf es eines Antrages nicht. Die Anträge sind schriftlich zu stellen oder mündlich in Protokoll bei dem örtlichen zuständigen Versorgungsamt zu geben, auch wenn für die Entscheidung das Hauptversorgungsamt zuständig ist.

Vom 1. September 1921 ab wird die bisher den Pensionsregelungsbehörden obliegende Anweisung usw. der zahlreichen Militärärzte und Versorgungsgebühren von den Versorgungsbehörden übernommen. Die Anweisung usw. erfolgt dann bei dem nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 und nach dem Altenversetzen vom 18. Juli 1921 bewilligten Beilagen durch die Versorgungsämter und bei den nach den übrigen Militärversorgungsgesetzen bewilligten Gebühren durch die Hauptversorgungsämter. An der Ablehnung der Gebühren bei den zahlenden Kosten tritt hierdurch keine Änderung ein. Über die neuen Anschriften der bisherigen Pensionsregelungsbehörden gibt jede Versorgungsbehörde, amtsliche Hauptversorgungsstelle oder Versorgungsstelle auf Wunsch bereitwillig Auskunft. Bis zum Bekanntwerden der neuen Anschriften können Schreiben an ehemalige Pensionsregelungsbehörden auch unter ihrer, dem Versorgungsbehörden bekannten bisherigen Anschrift abgesandt werden.

Das Hauptversorgungsamt Leipzig ist in der ehemaligen Artilleriekanone in Leipzig-Gohlis, Ponitzstraße Nr. 31 untergebracht. Fernsprechnummern 11 184, 11 185 und 18 655. Das Versorgungsamt Leipzig befindet sich in der Ehrensteinstraße Nr. 3 und ist unter den Fernsprechnummern 620, 8408, 8400, 10 087 zu erreichen.

Was in Leipzig möcht ich ist.

Ein Mitglied des Arbeiterkamarader-Bundes schreibt uns: Als ich am Montag, dem 5. September 1921, gegen 5 Uhr, von der Arbeit kam, gewohnte ich gegenüber dem Nordfriedhof einen Menschenauflauf. Ich mischte mich unter die Versammelten und sah, dass eine Frau von Herzkrämpfen befallen war. Meine erste Sicht war, einen Arzt herbeizuholen. Ich telephonierte deshalb an Herrn Doktor Freybank, welcher auch sofort erschien. Nach der Untersuchung gab mir der Arzt den Auftrag, die Ost-Sanitätswache anzurufen, die die Frau nach dem Krankenhaus schaffen sollte. Die Angelegenheit wäre auch schnell erlebt gewesen, wenn wir nicht solche traurigen sanitären Verhältnisse in Leipzig hätten. Nach Anruf der Sanitätswache ergab sich der anwesende Beamte, dass augenblicklich kein Wagen vorhanden sei, er versprach aber sofort einen zu schicken, wenn einer zurück wäre. Auch traf ein Schuhmann der 8. Polizeiwache ein, der die Sache in die Hand nahm. Auf die wiederholten Anfragen bei der Sanitätswache wurde uns immer wieder der Beleidigt, dass noch kein Wagen vorhanden sei. Endlich nach 17 Uhr (1) erschien der Krankenwagen von St. Georg, der die Frau nach dem Krankenhaus brachte. So war es möglich, dass die Verunglückte 1½ Stunden auf dem Abtransport nach dem Krankenhaus wartete. Der Rat der Stadt Leipzig muss dafür sorgen: 1. Dass mehr Wagen als bisher der Rettungsgesellschaft zur Verfügung gestellt werden. 2. Dass dem Arz-Sam-Bund dieselbe Unterstützung und Anerkennung gewährt wird, wie anderen Organisationen, denn nur dadurch können wir auf Besserung der sanitären Verhältnisse hoffen. Eile tut not!

Erhöhung der Pfandscheingebühr im städtischen Rathaus.

Mit einem Fehlbetrag von 548 567,14 M. schlägt im Jahre 1920/21 das städtische Rathaus ab. Nach den Mitteilungen des Rates an die Stadtverordneten ist der größere Fehlbetrag entstanden durch die wesentlich höheren Ausgaben für Gehälter, Löhne und Witwens- und Waisengelder, durch die bedeutend gestiegene Betriebs- und Unterhaltskosten. Doch ist der wirkliche

Verlust geringer als der rechnungsmäßige. Das hängt zusammen mit der Eigenart des Buchungswesens für das Rathaus, die gerade für dieses Rechnungsjahr besonders ungünstig wirkt. Das Jahr 1920/21 war ein außergewöhnliches, sowohl infolge Steigerung des Verkehrs, wie infolge Erhöhung des Wertes des einzelnen Pfänders. Es betrifft nämlich die auf Pfänden ausgeliehenen Summe am 31. März 1920 1.069.000 M., während sie am 31. März 1921 4.862.530 M. betrug. Da der Zuwachs um rund 2,8 Millionen Mark Pfandbestand im Laufe des gesamten Wirtschaftsjahres entstanden ist, so waren auf dieses Mehr am Jahresende nicht unbeträchtliche Zinsen verdient, aber noch nicht fällig geworden. Um diese auf etwa 100.000 M. zu schätzenden Zinsen zu wirtschaftlich betrachtet das Ergebnis besser gewesen, als der rechnerische Abschluss ausweist. Auch wenn man den Verlust 1920 bis 1921 um 100.000 M. niedriger einstellt, so kostet doch auch die danach verbleibende Höhe des Fehlbetrags von rund 450.000 M. eine Aenderung. Der Rat will von einer Erhöhung des Darlehnszinssatzes, der jetzt 1 Pf. für die Mark auf den Monat, das sind 12 Prozent, beträgt, absehen, die Scheibe- und Scheingebühre von 50 Pf. auf eine Mark zu erhöhen. Er meint, allein ein Pfandscheinordnung löst jetzt 28 Pf. Da jährlich auf etwa 250 bis 300.000 Pfandscheingebühren zu rechnen ist, so würde aus einer Erhöhung von 12 Pf. auf 1 M. mit einer Mehreinnahme von 125 bis 150.000 M. jährlich zu rechnen sein.

Genosse Karl Becker verstorben. Verspätet erhalten wir die Nachricht, dass der Genosse Karl Becker in Lindenau am 5. September gestorben ist. Ein alter, treuer Kämpfer für den Sozialstaat geht uns durch ihn verloren. Schon zur Zeit des Sozialisten-Geistes war er einer derjenigen, der fest an unserer Fahne hielt und persönliche Opfer brachte. Eine langwierige Krankheit, die jetzt seinen Tod herbeigeführt hat, zwang ihn, sich in leichter Zeit von der Parteiarbeit zurückzuziehen. Früher war er bei allen Arbeiten und Beratungen einer der ersten. Wir werden seiner Stets gedenken.

Der Hauptvorstand Groß-Leipzig. Ein neuer Fahrraum im Stadtbau. Der Betriebsrat der städtischen Bäder schreibt uns: Einem immer sichtbar gewordenen Mangel im Stadtbau ist jetzt endlich durch Schaffung eines verschlechtern Fahrraumes abgeholfen worden. Diese Neueröffnung schützt die radfahrenden Badegäste vor dem Verlust ihres Rades durch Diebstahl. Die Aufbewahrung der Fahrräder in diesem Raum erfolgt allerdings nur auf Wunsch ihrer Besitzer und ist an die Bezahlung einer Gebühr geknüpft. Wer diese Gebühr nicht zahlen will, kann sein Rad nach wie vor an dem bisherigen Platz auf eigene Gefahr einstellen. Im Hinblick auf die bisherigen Maßnahmen wird die Neueröffnung der Fahrräder von allen interessierten als in ihrem eigenen Interesse liegend freilich benutzt werden.

Erwerbslosenfürsorge für Kriegerwitwen auch bei Familienunterstützung. Erwerbslosenfürsorge soll Kriegerwitwen auch bei Familienunterstützung zulassen. Sonst ist diese Fürsorge für Empfänger von Familienunterstützung ausgeschlossen. Es führt dies aber dann zu Härteln, wenn die Unterstützung an Kriegerwitwen bis zur Feststellung ihrer Versorgungsgebühren weitergewährt wird. Die Sähe der Familienunterstützung sind jetzt meist geringer als die Rentenfälle. Auch kann das Rentenverfahren nicht immer mit der gewöhnlichen Beschleunigung durchgeführt werden. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb den obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge es als seine Ansicht bezeichnet, dass dann die Familienunterstützung nur als eine Einzelheit halber gewählte Form eines Vorhabens auf die endgültige erst festzustellende Rente anzurechnen ist, um so mehr, als sie später zu den Rentenbezügen verrechnet wird.

Einführung des Turn- und Sportplatzes der Freien Turner-Union West. Der schwere Schlag, den dieser Arbeiterverein durch den Verlust seiner schönen Turnhalle erlitt, ist noch nicht überwunden. Es fehlt dem großen Verein eine Stätte, wo alle Abteilungen sich den Leibesübungen widmen könnten. Das soll der neu geschaffene Platz an der Reichsstraße nun werden, der in der Größe von 25.000 Quadratmetern von steigenden idealistischen Menschen für seine Zwecke hergerichtet ist. Bei der Eröffnung am Sonntag wird die Arbeiterschaft Leipzig sicher durch große Teilnahme ihr Interesse an der Arbeiterturnbewegung beladen, zumal die anerkannte gute Turnerinnenabteilung des Vereins am selben Tage die Feier ihres zwanzigjährigen Bestehens begeht. Durch einen Kommerz im Palmengarten wird die Feier am Sonnabend eingeleitet. Am Sonntag wird sich von früh an auf dem Platz reges turnisches und sportliches Treiben entwickeln.

Flugpost Hamburg-Magdeburg-Leipzig-Dresden. Infolge vieler Wünsche der beteiligten Verkehrswelt ist, wie man uns mitteilt, der zur Leipziger Messe eingeschaltete Flugplatz auf der Strecke Hamburg-Dresden auch nach der Messe bestehen geblieben. Abflug täglich Hamburg 1 Uhr nachmittags, ab Magdeburg 3,15 nachm., ab Leipzig 4,30 nachm., ab Dresden 5 nachm., ab Magdeburg 2,30 nachm., ab Hamburg 4,30 nachm. Dieser Flugplan bietet in beiden Richtungen bequeme Gelegenheit, Antworten auf morgen empfangene Post noch am selben Tage den Empfängern zu übermitteln.

Zweieinhalb Jahre Stadtverordnetentätigkeit der USPD. Leipzig. In der veröffentlichten Notiz der im Verlage der Leipziger Volkszeitung erschienenen Broschüre Liebmann: Zweieinhalb Jahre Stadtverordnetentätigkeit der USPD in Leipzig ist der Bezugspreis mit 3 M. angegeben worden. Es liegt hier ein Fehler vor und muß richtig heißen: 8 M.

Das „Regimentsstresse“ der 77er, über das wir gestern berichteten, ist vorboten worden.

Arbeiterbildungsinstitut. Zu der heute abend stattfindenden Vorstellung Wida im Neuen Theater, welche 7 Uhr beginnt, können Eintrittskarten noch im Hotel Victoria Restaurant, sowie am Eingänge des Theaters entnommen werden.

Bewölferungsvorgänge in Leipzig. In der Woche vom 28. August bis 3. September fanden 138 Hochzeiten statt. An Geburten waren 215, darunter 36 uneheliche, zu verzeichnen. Es starben 167 Personen, darunter waren 45 Kinder unter einem Jahre. Der Turnkuloje erzielten 16 Personen. Selbstmord verübten neun (1), se

mehr zu verdienen, um so mehr Interesse hat es daran, daß während dieser Zeit auch der ganze Betrieb unbelastet im Gange bleibt. Wird und Bedienung drücken auf das Küchenpersonal, um keinen Arbeitszeit zu verlängern. Daraus folgt eine noch längere Arbeitszeit für das Hilfspersonal, kurz die früher übliche 15—16-stündige Arbeitszeit mit allen ihren üblen Folgen wird ebenso zu Regel, wie die damit zusammenhängende ständige Überbelastung der sozialen Gesetze und Schutzvorschriften. So bringt der Erosions der einen verschlechterte Arbeitsbedingungen für alle anderen. Auch verschlechtert er die Arbeitsbedingungen der eigenen Praktizierenden, denn der Trinkgeldempfänger sieht naturgemäß nicht gern Konkurrenten neben sich. Hier muß die Dessenlichkeit einschreiten, indem sie die Quelle des Übels verstopft und das Trinkgeld als wirklich abgeschafft betrachtet.

Verkauf an der Freibank. Freibank I: Nr. 2001—3000 und 1—3000 freier Verkauf. Freibank II: Nr. 1200—2000 und 1—1200 freier Verkauf.

Arbeitslose, Kurzarbeiter und Fürsorgeempfänger.

Ausgabe von Hammelkleisch (gute Qualität), à Pfund 5.80 M., vom 1. bis 15. September täglich von 9 bis 3 Uhr im Schlachthof gegenüber dem Schauamt. Bitte passendes Geld und Einschlagpapier mitbringen.

Lebensmittelkalender für Sonnabend, den 10. September.

Für Haushaltungen.

Ausgabe: Kohlenarten für Haushalte mit Untermietern im Kohlenamt, Harkortstraße 3, I.—Abteilung für Untermieter — von 1,8 bis 1 Uhr. Buchstabe Scha—Scha des Vermieters.

Bolzteinrichtungen.

Fremdenverkehr in der Mehwoche!

Während der Herbstmustermesse — vom 26. v. Mts. bis zum 3. d. Mts. — sind 46 386 Reichsdeutsche und 6063 Ausländer politisch angemeldet worden. Unter letzteren befinden sich 247 Amerikaner, 195 Belgier, 343 Engländer, 88 Franzosen, 157 Italiener, 100 Rumänen, 88 Russen, 27 Japaner, 15 Ägypter, 5 Australier, 3 Australier, 47 Bulgaren, 5 Chinesen, 366 Dänen, 48 Griechen, 1032 Holländer, 6 Indier, 138 Norweger, 797 Österreicher, 9 Perker, 123 Polen, 28 Portugiesen, 484 Schweden, 468 Schweizer, 96 Spanier, 1232 Tschechoslowaken, 18 Türken, 15 Ultainer und 152 Ungarn.

Beim Abpringen von der Straßenbahn schwer verunglücht.

Vor der Theaterpassage ist am 7. d. Mts. nachmittags, ein Student aus Seehausen beim Abpringen von der Straßenbahn auf der Wertheinsel zu Halle und dabei mit dem linken Fuß unter ein Rad des Anhängewagens gefahren, wobei ihm der Fuß unterhalb des Knöchels abgesägt wurde. Der Verunglüchtete wurde sofort mittels Kraftwagens nach dem Krankenhaus St. Jakob gebracht.

Seltsam wird seit dem 1. d. M. die 9jährige Schülerin Ilse Kolbe, die sich auch Polizist nennt, L. Neudith, Tiefe Straße 7, IV bei ihren Eltern wohnhaft. Sie ist etwa 1.20 Meter groß, kräftig, brünett, hat schwarze Augen, auffallend weiße Zähne und finstern Blick. Bekleidet war die Vermisste am Tage des Verschwindens mit einem weißgetupften rosen Wollkleid, welcher Tändelstrümpfe, und einer rota Haarschleife. Ihre Leibärzne ist J. P. gezeichnet. Ihre Angehörigen vermuten, daß sie sich unbereit oder aber in verbrecherische Hände geraten ist. Bei ihrem Betreten überreichte man sie einem Amtshilfsbeamten.

Sächsische Angelegenheiten.

Ein kirchlicher Vorschlag.

Die orthodoxen kirchlichen Kreise sehen die Bemühungen, trotz des in der Verfassung prinzipiell anerkannten Grundbegriffs: Trennung der Kirche vom Staat und Einfluss auf die Schule zu erhalten, mit allen Mitteln fort. Da die Versuche, durch eine wilde Agitation auf Eltern und Lehrer einzuhören, nicht den gewünschten Erfolg gebracht haben, macht das Neue Sächsische Kirchenblatt jetzt folgenden Vorschlag zur Güte: 1. Die Lehrerschaft verzichtet auf die weltliche Schule; die Kirche verzichtet auf die Gemeinschaftsschule. 2. Die Lehrerschaft übernimmt, soweit der einzelne nicht seine Erteilung ablehnt, den Religionsunterricht; die Kirche verzichtet auf jede Beaufsichtigung und Beeinflussung. 3. Nur Mitglieder der Landeskirche dürfen Religionsunterricht erzielen. Neben dem Lehrplan entscheidet (nicht die Kirche, nicht das Ministerium, nicht die Lehrerschaft, sondern) die Gesamtheit der Religionslehrer. 4. Ein Religionsunterricht im Geiste der Zwidauer Thesen gilt als den Grundlagen der evangelischen Kirche entsprechend.

Die schwarzen Füchse scheinen die Lehrer für reichlich dummi zu halten. Sonst könnten sie ihnen nicht zumuteten, um den Preis eines Scheinkarten, in Wirklichkeit ganz unwirklichen „Mitbestimmungsrechts“ ihre Hauptforderung: Durchführung der weltlichen Schule, aufzugeben. Im übrigen aber mögen sich die Väter dieses samischen Vorschlags folgendes gesagt sein lassen: Die Schule ist nicht eine Sache der Lehrer, sondern des ganzen Volkes. Und die Frage, wie die Trennung der Kirche vom Staat und damit auch die Trennung der Kirche von der Schule durchgeführt wird, entscheidet nicht eine Abmachung zwischen Pfaffen und Lehrern, sondern das Volk durch die Gesetzgebung.

Sochen hat sich auch die Leipziger Lehrzeitung zu dem samischen Vorschlag geküsst. Sie stellt folgende Sätze auf:

1. Wir wissen gar wohl und haben selbst oft genug darauf hin gewiesen, daß die Gemeinschaftsschule in der Reichsverfassung von allen Schularten die stärkste Stütze findet. Und wir sind nicht so verblendet, daß wir nicht die Vorteile sehen könnten, die die Gemeinschaftsschule vor den den Schule in ihrem Inneren treffenden Plänen der Orthodoxie und Hierarchie bietet. Aber wir sehen in der Gemeinschaftsschule eine unzulängliche Schuleform, wenngleich gegenüber der Veleniusschule das kleinere Uebel. Sie verhüte einzuweisen die Jerarchisierung der Volksschule. Das ist gewiß nichts Rechtfertigliches. Aber eine bessere und höhere Form der Gemeinschaftsschule ist die weltliche Schule. Sie ist unser Schulideal. Gute sie zu werben, würden wir nicht aufhören, auch wenn die Gemeinschaftsschule jetzt die allgemeine Schule würde, weil wir hoffen, darüber hinweg zur weltlichen Schule zu kommen. Wenn das Kirchenblatt etwa glaubt, wir könnten den Gedanken der weltlichen Schule einfach fallen lassen, so hat es keine Ahnung davon oder will nicht wissen, wie ernst es uns mit einer Forderung ist, zu der uns eine eingehende, umfassende Arbeit und unsre Staatsbürgerschaft, schulpolitische und pädagogische Überzeugung treibt.

2. Wir sind es doch nicht allein, die mit einigen zur Vermittlung bereiten Vertretern der Kirche in einer Sache entscheiden können, die zur Volkslaide geworden ist. Die Masse der Bevölkerung — davon hat sich nun wohl auch die Kirche überzeugt — ist, wo die nötige soziale Ausklärung erfolgt ist, die Aufsicht der Lehrerschaft. Es scheint fast, als ob die Leute die den Vorschlag zur Gemeinschaftsschule machen, mit diesem Faktor gar nicht rechnen. Und auf der andern Seite: Hält man es für möglich, die jüdische Orthodoxie zum Eintragen zu bringen, die doch die Gemeinschaftsschule genau so zu „Helden schule“ gemacht hat wie die weltliche Schule? Die Kirche forderte die Konfessionschule an!

kirchenpolitischen, sogar politischen Gründen. Eine Verständigung ist hier ausgeschlossen.

3. Was den Religionsunterricht selbst anbetrifft, so werden wir nicht austören, unter bekannte Meinung zu vertreten. Aber wir fragen: Kann die Kirche ernstlich wollen, daß eine Lehrerschaft, die, als sie ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse einfach ihre Überzeugung zum Ausdruck brachte, mit ihrem Projekt ihrer Missionszweck einen Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundzügen der Kirche abschne, nunmehr nach Abschluß eines schulpolitischen Geschäftes den Religionsunterricht übernimmt? Der Kirche scheint ein solcher Zustand der Unwahrsaglichkeit entzöglich. Wir lehnen es ab, uns das zu verwenden."

Forderungen der sächsischen Gemeindevorstände.

Der Bund Sächsischer Gemeindevorstände hat sich in seiner letzten Sitzung eingehend mit der Frage der Gemeindesubventionen beschäftigt und dazu eine Reihe wichtiger Forderungen aufgestellt. Verlangt wird erstens eine andre Verteilung der Gemeindeanteile an der Umweltsteuer, indem es als eine Ungerechtigkeit bezeichnet wird, daß die Gemeinden, in denen die Betriebe ihren Sitz haben, jetzt alles bekommen, während die reinen Arbeiterwohngegenden leer ausgehen. Als dringend notwendig wird weiter die rechtssichere Einschätzung zur Reichseinkommensteuer bezeichnet, sowie eine Erhöhung der Gebühren für die Steuererhebung. Dann werden gewisse Bestimmungen des neuen Grundsteuergeistes (Besteigung der Steuerfreiheit) für die Gemeinden, die in andern Gemeinden Grundbesitz haben, für abänderungsbefreilich gehalten und das Recht der Gemeinden auf Einsichtnahme der Steuerakten bei der Steuererhebung betont. Zweit ist die Steuerveranlagung in Händen gelegt worden, die mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in den einzelnen Gemeinden meist gar nicht vertraut sind.

Andere Forderungen der Gemeindevorstände betreffen die Wiedereinführung von Höchstpreisen für Kartoffeln und Getreide, wobei betont wird, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit dem wilden Handel mit allen Nachdruck entgegengetreten werden müsse. Endlich wird es als erwünscht bezeichnet, Arbeitslos und Fürsorgezöglinge in größerem Maße als bisher durch die Arbeitsbeschaffungsanstalten in den landwirtschaftlichen Betrieben als Hilfskräfte einzustellen.

Wie steht unsre Justiz arbeitet?

In unserm Plauener Bruderstadt lesen wir: Die Firma Emailwerk Roßlau (Germann Freitag) in Roßlau hatte am 28. Mai 1920 einige Klempner gefündigt, darunter auch dem Obmann des Betriebsrates, ohne die Zustimmung der Betriebsvertretung in Händen zu haben. Die Firma stützte sich bei ihrem Vorgehen auf § 90 Iffer 2 des Betriebsverfassungsgesetzes. Der Obmann über gab die Angelegenheit dem Deutschen Metallarbeiterverband zur Weiterverfolgung. Die Organisation bestritt nur das Vorliegen einer Betriebsstilllegung und klagte beim Amtsgericht auf Weiterzahlung des Lohnes. Gleichzeitig legte sie Beschwerde bei der Amtshauptmannschaft ein, weil die Firma den Obmann hinderte, seine Tätigkeit auszuüben. Die „Königliche“ Amtshauptmannschaft übermittelte uns einen Beschluss der Zwickauer Staatsanwaltschaft, worin uns mitgeteilt wird, daß die Staatsanwaltschaft ein Einschreiten gegen die Firma ablehnt, da sich die Firma trotz Vorliegen eines Schiedspruchs weigert, den Obmann weiter zu beschäftigen. Nach einer Reihe von Verhandlungen und Zeugenvernehmungen fällte das Amtsgericht am 21. Dezember 1920 die Entscheidung: Der Klageanspruch ist dem Grunde nach gerechtfertigt. Gegen dieses Urteil hat die Firma Berufung beim Landgericht Zwickau eingelegt. Nach einigen strittigen Verhandlungen wurde im Mai 1921 ein Beweisbeschluß verkündet, nach welchem der Vertreter der Gewer-

Billiger Hosen-Verkauf

Bor dem Kriege kostete ein Dollar M. 4.20
Am 1. März d. J. kostete ein Dollar M. 60.93
Am 31. August d. J. kostete ein Dollar M. 86.—
Am 7. Sept. d. J. kostete ein Dollar M. 94.50

Dass der amerikanische Dollar den Wert unseres Gelbes bestimmt und damit die Preise für alle Waren, für deren Bezug wir auf den Weltmarkt angewiesen sind, also für fast alle Textilwaren, das weiß jedes Kind. Trotz der seit März eingetretenen weiteren Geldentwertung verlaufen wir unsere Hosen in der Zeit vom 10.—17. September zu den gleichen Preisen wie in der Billigen Hosen-Woche, die wir vom 11.—18. März veranstalteten und dann wegen des starken Zulaufs um weitere acht Tage verlängerten. Damals wie heute boten wir an:

Rabben-Hosen

	A	B	C		A'	B	C
Größe 1—3	M. 20.—	25.—	30.—	Größe 7—9	M. 30.—	35.—	40.—
Größe 4—6	M. 25.—	30.—	35.—	Größe 10—12	M. 35.—	40.—	45.—

Herren-Hosen

Reguläre Preise auf den Preis schildern vermerkt M. 65.— 75.— 85.— 95.— 110.— 125.— 140.— 165.— 190.— 215.— 225.— 240.— 290.—
Preise der billigen Woche M. 50.— 60.— 70.— 80.— 90.— 100.— 120.— 130.— 140.— 165.— 175.— 190.— 210.—

nach dieser Liste, die Sie beim Einkauf mitbringen wollen

Jünglings-Hosen entsprechend billiger

Die gleichen oder gleichwertigen Qualitäten heute wie damals
Ein besserer Beweis für unsere billigen Preise ist nicht möglich

H. Hollenfamp & Co. · Leipzig

Brühl 28/32

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Ecke Reichsstr.

haft am 18. Juni 1921 als Zeuge zu vernahmen sei. Und nun beginnt ein schönes Schauspiel. Durch irgendeinen Grund wurde dieser Termin aufgehoben und nacheinander auf den 22. Juni, 11. Juli, 16. September 1921 verlängert. Dieser Termin ist aber bis heute nicht endgültig. Darf irgend jemand bis dahin Zahn- schmerzen bekommen, dann wird eben auch dieser Termin wieder aufgehoben. Wir wollen nur hoffen und wünschen, daß, wenn der Arbeiter seinen 50. Geburtstag feiert, er im Besitz des Endurteils ist. Zwanzig Jahre hat er ja hierzu noch Zeit.

Justizminister Dr. Seigner will zugreifen.

Frohlockend meldete die bürgerliche Presse vor einigen Tagen, daß die Staatsanwaltschaft das auf Eruchen der Regierung eingeleitete Verfahren gegen die Deutschnationale Volkspartei und die Organisation Eisner eingestellt hatte. Bekanntlich hatten im Sommer dieses Jahres in den Geschäftsstellen dieser Verbände in Dresden und Leipzig Haussuchungen und Verhaftungen wegen Anwerbungen für Oberhessische Stattgefunden. Jetzt wird bekannt, daß der neue Justizminister Dr. Seigner die Oberstaatsanwaltschaft angewiesen hat, das eingestellte Verfahren wieder aufzunehmen.

Dazu bemerkt die bürgerliche Presse: „Herr Dr. Seigner scheint den Ehrgeiz zu haben, der allgemeine Stimmung in „Genossen“ freien, die Bevölkerung durch reaktionäre Schaurgeschichten in Aufregung zu halten, Rechnung zu tragen.“

Herr Dr. Seigner tut u. E. nur, was seine Pflicht ist. Und wir wünschen, daß er nicht auf halbem Wege stehen bleibt und nur den Ortschleuten auf den Leib rückt, sondern auch jenen Justizbeamten gegenüber seine Autorität geltend macht, die in ganz offener Weise die Gegenteilrevolution unterstützen und begünstigen.

Der Herr Staatsanwalt „berichtet“.

Unser Artikel in der Nummer vom 6. September: Ein Vorstoß der Reaktion, hat dem Oberstaatsanwalt beim Leipziger Landgericht nicht gefallen. Wie hatten gefordert:

Die Staatsanwaltschaft hat den reaktionären Herrschäften den Gefallen und leitete das Ermittlungsverfahren ein (gegen Kommissare der Sipo). Die angeblich kraftrbare Handlung soll darin gefunden werden, daß die Kommissare der Haussuchung bewohnten ohne daß sie das Recht eines Polizeigebäumten haben, also Gehilfen der Staatsanwaltschaft seien.

Dazu sendet uns der Staatsanwalt auf Grund des § 11 des Strafgesetzes folgende

„Berichtigung.“

„Das Strafverfahren ist auf Anzeige hin und nicht deswegen eingeleitet worden, weil die Kommissare der Durchsuchung „beigewohnt“ haben, sondern weil sie selbst Durchsuchungs- handlungen unbefugt vorgenommen haben sollen.“

Diese sämöse Berichtigung hätte sich der Herr Oberstaatsanwalt sparen können. Er bestätigt damit nur, daß die Staatsanwaltschaft den Gegenrevolutionären — denn diese haben die Anzeige erstattet — gefällig gewesen ist, was bei dieser objektivsten Behörde der Welt keinen Menschen übertreibt. Bestärkt wird die Wirkung dieser Bestätigung noch durch die Feststellung, daß die Kommissare „unbefugt Handlungen vorgenommen haben sollen.“ Es ist danach also im Ermittlungsverfahren nichts festgestellt worden, sonst hätte das der Herr Staatsanwalt sicher besonders hervorgehoben. Wenn trotzdem bereits das Strafverfahren gegen die Beamten eingeleitet ist, so bemerkt das nur, wie außerordentlich eifrig sich der Herr Oberstaatsanwalt bemüht, den Gegenrevolutionären gefällig zu sein.

Gegen die Reaktion.

Die sächsische Regierung tüftet den Gegenrevolutionären auf den Leib. Der Wirtschaftsminister Eisner hat folgende Verordnung erlassen:

„Die Überlassung von Räumen der dem Wirtschaftsminister unterstellten Behörden und Anstalten darf von deren Vorständen und Leitern erst dann zur Abhaltung von Versamm- lungen, Vereinsführungen, Vorträgen oder vergleichbar genehmigt werden, wenn sie nach sorgfältiger Prüfung sich Gewißheit darüber verschafft haben, daß dabei keinerlei Handlungen begangen werden oder Aeußerungen fallen, die sich gegen die republikanische Staatsordnung richten oder die Verfassung zu verleihen und verächtlich zu machen geeignet sind. Die Vorstände und Leiter der dem Wirtschaftsministerium unterstehenden Behörden und Anstalten werden für die genaue Durchführung dieser Anordnung noch besonders persönlich verantwortlich gemacht.“

Inzwischen ist diese Verordnung auch auf die übrigen Regierungssessorts ausgedehnt worden.

Die Justiz im Jahre 1920.

Das Justizministerium hat, wie für die früheren Jahre, so auch für das Jahr 1920 die Justistatistik bearbeiten lassen. Dagegen betrug am 31. Dezember die Zahl der plausibel gewährten Stellen der Richter 842, der Staatsanwälte 95 (gegen 822 und 60 am 31. Dezember 1919).

Die Zahl der Geschäfte der Amtsgerichte in Zivilsachen betrug 116 174 gegen 122 121 im Jahre 1919, die Zunahme mit 5,1 Prozent. Die Zahl der Konkursesachen ist gegen das Vorjahr von 485 auf 551, also um 14 Prozent gestiegen. Auch die Strafsachen zeigen eine beträchtliche Zunahme gegen das Vor-

jahr; ihre Zahl ist 102 026 gegen 78 688 im Jahre 1919. Die Steigerung innerhalb 30 Prozent. Die Zahl der Geschäfte in den freiwilligen Gerichtsbarkeiten beträgt 283 600 gegen 421 136 im Vorjahr. Bei den Landgerichten haben die Geschäfte gegen das Vorjahr durchweg zugenommen. Die Zahl der Strafgerichte ist von 9354 im Jahre 1919 auf 13 523 im Jahre 1920, also um 45 Prozent gestiegen. Die Anzeigerauch der Staatsanwaltschaften zeigen ebenfalls eine beträchtliche Zunahme; ihre Gesamtzahl beträgt 120 601 gegen 93 445 im Vorjahr, das ergibt eine Zunahme um 29 Prozent. Endlich haben auch die Geschäfte bei dem Oberlandesgericht wesentlich zugenommen. Die Erhöhung der Zahlen hat ebenfalls in den Zeitverhältnissen ihre Begründung.

Deutschnationale Hege in einem sächsischen Seminar.

Der Chemnitzer Volksklasse wird von einem Genossen geschrieben: „Etwa vor Jahresende teilte mir ein Freund aus Auerbach folgendes mit, wofür er jederzeit Zeugen zu bringen bereit ist. Im Seminar zu Auerbach amtiert der Studientrat E. Schumann, der gleichzeitig Vorvorsitzender des dortigen Deutschnationalen Vereins ist. In seinem Geschichtsunterricht beschimpfte er Erzberger in der unerhörtesten Weise und nannte ihn einen Erzlämpen. Als ein Schüler die Berechtigung dieser Behauptung bezweifelte, wurde er aus dem Klassenzimmer entfeiert. Dieser Vorhang spielte sich vor 17- bis 18jährigen Schülern ab. Dass der Mann verachtet, Schüler für militärische Unterhaltung im Deutschnationalen Verein zu bewegen, ja sie veranlaßte, dort zum Tanz aufzutreten, sei nur nebenbei bemerkt. Die Früchte einer solchen deutschnationalen Erziehung haben wir im Meuchelmoor an Erzberger lernen gelernt.“

Scharfmachereien gegen die sächsische Regierung.

up. Der Volksparteier Dr. Philipp verucht die Reichsregierung, gegen die sächsische Regierung scharfzumachen, weil diese anlässlich des Landarbeiterstreiks im Leipziger Becken die Technische Nothilfe nicht zu Streikbrecherarbeiten kommandiert hat. Sächsische Regierungsstellen hätten das Einsetzen der Technischen Nothilfe verzögert und dann weitere Kapitalversprechen begangen, die Herr Philipp mit folgender Worte an das Schwarze Brett schlägt:

Als die Technische Nothilfe schließlich eingekämpft wurde, bestimmten die sächsischen Regierungsstellen, daß die Nothilfe sich nur auf Notharbeiten, zur Verpflegung des Viehs und zum Einbringen bereits gehauenen Getreides zu erstrecken habe, dagegen das Mähen des Getreides nicht als Notharbeit zu gelten habe. Außerdem wurde verlangt, daß die Nothhilfe getrennt von den andern Arbeitern ihre Tätigkeit verrichten sollten.

Damit gibt der Volksparteier Dr. Philipp zu, daß — im Gegensaß zu den sonst in die Welt gesetzten verlogenen Behauptungen — die sächsische Nothilfe von den Reaktionären tatsächlich nur als Streikbrechergarde gegründet wurde und benutzt werden soll. Wenn die sächsische Regierung das zu verhindern suchte, handelte sie völlig im Interesse der Arbeiter und der Allgemeinheit. An ihrer Stellung kann weder die Denunziation Phillips noch die Reichsregierung etwas ändern.

Wieder ein Millionen-Konzentrach.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, sind dort abermals zwei Konzerne vertrakt. Die Dresdner Union-Sportbank hat in einer Mitgliederversammlung ihre Auflösung und die Gründung eines neuen Konzerns beschlossen, der aber nur alljährlich statt aller vier oder acht Wochen, 100 Prozent Dividende auszahlt soll. Dazu wird er wohl ebensoviel imstande sein wie zur Erfüllung seiner bisherigen Versprechungen. Schlimmer noch steht es mit der Kapital-Wertverwertungsgesellschaft, deren Direktor Winter von der Bergmann-Bank geflüchtet ist. Am gestrigen Donnerstag sollten mehrere Millionen Mark Dividende ausgezahlt werden. Angeblich sind 50 Millionen Mark eingezahlt worden. Bis jetzt konnten nur 77 000 Mark beschlagen werden. Der Geldschatz konnte noch nicht geöffnet werden, da Winter die Schlüssel mitgenommen hat. — Diese neuen Konzenträts erregen wegen der Höhe der eingezahlten Summen großes Aufsehen in Dresden.

Erhaltung der Fremdenhäuser.

Das Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt, hat mit Zustimmung des Reichsarbeitsministeriums auf Grund des § 9 der Wohnungsmangelverordnung angeordnet, daß in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern die Verwendung von Fremdenhäusern zu anderen Zwecken als denen des Gastbetriebes, insbesondere zu Geschäfts- und Bureauzwecken, der Genehmigung der Gemeindeausschusshörde bedarf.

Dresden. Am Donnerstagvormittag wurde die 68jährige Frau Urban in ihrer Wohnung in der Orellstraße erdrosselt aufgefunden. Die Tat war begangen worden, während der Ehemann auf Arbeit war. Dem Mörder sind etwa 3000 M. in die Hände gefallen. Als Täter kommt ein lediger junger Mann in Frage, dessen man jedoch bisher nicht habhaft werden konnte.

Radeberg. Der Stadtgemeinderat hat beschlossen, dem zu gründenden Ferngaswerk Radeberg-Bischöf-

feld — Samenz unter der Voraussetzung beitreten, daß eine noch vorzunehmende Zerstörung über die Zahl der Gasabnehmer neu, ergibt, daß die Verzinsung der aufzunehmenden Kapitalen gesichert ist.

Wasenwih bei Wurzen. Im Hause des Ratsgutsbesitzers Arthur Schöne brach am Mittwoch früh gegen 5 Uhr Feuer aus. Das Wohnhaus ist vollständig niedergestanden, während vom Kühlstall nur der Dachstuhl abgebrannt ist. Als Ursache des Feuers werden Schäden am Schornstein im Wohnhaus bezeichnet. Eigentümer des Hauses ist der Rat der Stadt Leipzig.

Chemnitz. Der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Chemnitz hat beschlossen, die Einverleibung von Heinrichsdorf nach Chemnitz zu befrüchten mit der Ausnahme der Kolonie Heinrichsdorf, deren Bewohner abstimmen sollen, ob sie zu Chemnitz oder Wittgensdorf wollen. Die Gemeinden Schönau, Neustadt und Rottluff widerlehnen sich einer Vereinigung mit Chemnitz. Ein zwangsweiliges Vorgehen wies der Bezirkstag zurück, da das Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden beachtet werden müsse.

Hofnichen. Der Rat beschloß eine Erhöhung der Preise für elektrischen Strom auf 2.50 M. bei Licht und 1.50 M. bei Kraft, sowie auf 1.55 M. für 1 Kubikmeter Gas.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Sächsische 50-Mark-Scheine mit dem Ausgabedatum des 30. November 1918 hatte der Student Heinrich Lochbaum in Hamburg in Gemeinschaft mit andern angefertigt. Das Schwurgericht Hamburg hat ihn am 19. April neben den andern Angeklagten unter Verjährung minderer Umstände zu je zweit Jahren Zuchthaus verurteilt und zugleich auf Einziehung des falschen Papiergebdes und der zur Herstellung desselben benutzten Geräte verurteilt. Gegen das Urteil hatte nur der Angeklagte Lochbaum Revision eingeleitet, in welcher er die Präsentation bemängelte und Verleugnung der Vorwürfe über die Offenheitlichkeit nicht bestreiten wollte. In den Fragen an die Geschworenen war allerdings nicht gefragt, daß es sich um ein anderes Papiergebde handle, sondern es war nur von den deutschen 50-Mark-Scheinen die Rede. Das genügte aber vollkommen. Die Offenheitlichkeit in der Hauptverhandlung war für die Zeit der Beweisaufnahme über die Herstellung des falschen Geldes ausgeschlossen. Dabei ist keinerlei Geistesverleugnung vorgekommen. Das Reichsgericht verwirft die Revision als unbegründet.

Quittung Nr. 11.

Sechs Arbeiter von Arentstein und Koppel 20., ein Briefträger 2., Rich. Lipinski 100., Extrator beim Nachtausflug Fußballring, L. Plagwitz 40., Buchdruckerei Ostal Brandstetter Liste 71: 141; 141., Belegschaft bei Zimmermann, Mölkau, Liste 129: 289; 130 5., Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma A. Köhler Liste 133: 83; 83., Hübel u. Denk Liste 134: 101; 187; 80.50, Karl Rohr 10., Fabrik Men u. Edlich durch Martin Liste 346 u. 347: 195.50, Marktstädt, Liste 451 durch Brok 46.; Liste 452 durch Brok 120.; Liste 453 durch Weber 96.50, Liste 454 durch Simon 82.; Liste 455 durch Dedeck 235.; Liste 461 durch Amling 37.; Liste 462 durch Göde 39.50, Liste 463 durch Kühn 450.; Liste 465 durch Rodstein 36.; Liste 467 durch Hude 70.; Liste 468 durch Hoffmann 20.; Liste 469 durch Birnbaum 65.; Liste 474 durch Brok 95.; Egiratanz Fußballclub Urania 04 21.15, R. H. 40.; S. R. 500.; Personal der Werkstätten Engelsdorf, 3. Klasse, 760.50; Liste 103: 25.50, 108: 61.50, 110: 61.; 111: 103.50, 115: 141.; 147: 41.; U. W. Liste 87: 50.; Baustelle Kornagel, L. Kleinschöfer 250.— M. Bis jetzt eingegangen 62 310.— M. Cyrus.

Briefstellen der Redaktion.

M. E. 168. Es kommt hier Erbansallsteuer in Frage. Wie können Ihnen aber keinen genauen Bescheid geben, da wir nicht das persönliche Verhältnis der Eltern zum Erblasser kennen, denn die Steuer wird nach diesem Verhältnis in sechs Klassen erhoben. Unter Umständen ist der Betrag, den jeder einzeln zu erhalten hat, steuerfrei. Wenden Sie sich an das Finanzamt. 2. Einen besonderen Ausweis brauchen Sie nicht. 1. M. Parcelsasse.

W. E. 169. Eine besondere Unterstützungsseinrichtung besteht nicht. Es kommen hier nur die allgemeinen Versicherungsstufen (Invalidenversicherung) in Frage.

H. St. Mösern. Ihr Einkommen ist steuerfrei. Bei Ihrer Frau, die Erwerbsarbeit leistet, müssen auch die Werbungskosten in Abrechnung kommen. Für über 17 Jahre alte Kinder, die Arbeitsentnahmen beziehen, kommt ein Abzug nicht mehr in Betracht. 60 Pf. Parcelsasse.

K. G. Thüringen. Stellen Sie an die Firma Forderungen. Es ist ja möglich, daß sie freiwillig eine Summe entrichtet. Auf Grund eines Prozesses könnte kaum etwas herauszuholen sein.

A. B. Renditz. § 239 der Konkursordnung spricht von der Verheimlichung oder Verleistungsfähigkeit von Vermögensstücken. Es kann hier bestätigterlicher Bauteil angenommen werden. Wenden Sie sich an das Arbeitsgerichtsrat, Gerberstr. 1.

Herbst- u. Winter-Moden

Herbstmantel jugendl. Form, Reglenschnitt, aus kräftigem Phantasiestoff.....	130
Herbstmantel a.mod.Noppe, in hell. u. dunk. Farb.	195
Wintermantel aus meliert. u. kariert. Wollfleisch	325
Wintermantel a.g.Esk.m.r. Stepp., i. hell. u. d.kl. Farb.	495

Plüschi-Mantel Seal, gepresst, ganz gefüttert....	995
Velour du Nord-Mantel 125 cm lang, durchweg gefüttert.	850
Astrachan-Mantel 120 cm, auf Clothfutter.....	595
Pers.-Krimmer-Mantel ganz auf Clothfutter	995

Jackenkleid a. gut. marinebl. St., m. Tressenbesatz	350
Jackenkleid a. reinw. blau. Kammgarn, ganz gef.	495
Jackenkleid a. reinw. Gabard., v. Farb., a. Serge gef.	695
Jackenkleid a. reinw. gezw. Stoff, Ers. f. Maßarb. a. Serge gefüttert	895
Kleid Plisse-Form, Lackgürtel, rein. Wolle	150
Kleid Wolle, Kimono-F., Wollst., viele Farb.	295
Mantelkleid reinw. Cheviot m. Stick, versch. Farb.	350
Mantelkleid reinwoll. Serge, mit farbigem Besatz	450

Blusen	Morgenröcke	Röcke
Wolle Crêpe de Chine 95	75	135

Knaben- und Mädchenkleidung
Große Auswahl, mäßige Preise, beste Verarbeitung

Hundert Prozent.

Von Union Sinclair.

Copyright by Der Walz-Verlag Berlin-Halensee 1921.

LXVI.

Sie begaben sich aufs Bureau der Geheimagentur, wohin Peter noch nie hatte kommen dürfen. Er befand sich im zweiten Stockwerk des kaufmännischen Trustgebäudes, an der Tür stand zu lesen: „Agrar- und Bankgeschäft von American-City. Eintreten ohne anzuklopfen.“ Traf man ein, so vermeinte man, in einem gewöhnlichen Agrargesellschaftsbüro zu sein, eisige Türen führten zu den geheimen Zimmern, wo Gussen und sein Stab ihrer Arbeit nachgingen.

Peter wurde in eines dieser Zimmer gestoßen. Hier erblachte er Gussen. Dieje stürzte auf ihn los, hob drohend die Faust: „Sie stinkender Hund!“ rief er. „Sie jämmerlicher, schmutziger Hund! Sie gemeines Gesicht!“

Peters Knie zitterten, seine Zähne schlugen gegeneinander, er beobachtete jede Bewegung von Gussens Fingern, jede Grimasse seiner wilden vergessenen Züge. Schließlich jedoch begriff er, man werde ihn diesmal nicht foltern, sondern bloß schelten. Peter war auf die allerhauerlichste Folter gefasst gewesen und empfand ungemeine Erleichterung. Peter war in seinem Strafkatenleben weit mehr beschimpft worden, als dies Gussen zu tun vermochte, selbst wenn er hierzulande einen Monat Zeit gehabt hätte. Wenn Gussen nichts andres tut, als im Zimmer auf und ab zu schleichen, Peter mit der Faust zu drohen, so ist er an ihm vorübergekommen und ihn mit jedem Haustier zu vergleichen, so ist dies noch zu ertragen.

Peter gab es auf, herauszufinden zu wollen, was eigentlich geschehen sei; er bemerkte, dies reize Gussen noch mehr. Gussen wollte nicht mit Peter sprechen, wollte nicht seine winselnde Hundekomme hören, wollte bloß seine Wut ausläufen, sehen, wie Peter in demütiger Angst zuhört, und Peter hat ihm diesen Gefallen. Inzwischen freilich arbeitet Peters Gehirn mit Hochdruck, klammert sich an jede Andeutung, die eine Erklärung versprach. Eines war klar, alles war aus, es blieb bloß noch das Begräbnis zu überstehen. Peters Geld war ihm fortgenommen worden, um für sein Begräbnis zu zahlen, mehr aber konnten sie aus ihm nicht herauspressen.

Allmählich häusten sich die Andeutungen. „Sie wollten also auf eigene Faust Geschäfte machen,“ knurrte Gussen, und seine Faust, die sich gerade unter Peters Nase befand, fuhr in die Höhe, so daß sich Peter beim Ausweichen fast den Hals verrenkte.

„Aha,“ dachte Peter. „Nelle Asterman hat geschwätzt.“ „Haben geglaubt, Sie werden ein Vermögen machen, darüberhin von Ihren Freunden leben können!“

Ja, das mußte es sein, aber was hatte denn Nelle Asterman so Furchtbare gesagt?

„Wollten einen eigenen Spion anstellen, ein eigenes Bureau haben, womöglich mich verdrängen!“

„Mein Gott,“ dachte Peter. „Wer kann ihm denn das gesagt haben?“

Jählings blieb Gussen vor ihm stehen. „War dies Ihre Absicht?“ fragte er. Er wiederholte die Frage, schien tatsächlich eine Antwort zu erwarten. Peter stammelte: „Nei—ein, Herr.“ Doch passte diese Antwort Gussen anscheinend nicht, denn er packte Peters Nase, riß daran, bis Peter Tränen in die Augen schossen.

„Was wollten Sie denn?“ Höhnischer Hohn verzerrte die Züge des Detektivs; mit bösem Spott grinste er Peter an. „Sie haben wohl geglaubt, Sie liebt Sie wirklich? War es das? Sie liebt Sie wirklich!“ Mc. Givney, Hammet und Gussen gröhnten medern zusammen, und Peter deutete es, Dämonen aus der untersten Höllenschönheit ihn. Diese Worte rissen die Säulen von Peters Traumschloss nieder, das ganze Gebäude fiel ihm krachend um die Ohren. Gussen hatte die Sache mit Nell entdeckt!

Während der ganzen Automobilfahrt hatte sich Peter krampfhaft Nells Worte wiederholt: „Durchhalten, Peter, durchhalten! Und er hatte dies auch unter allen Umständen tun wollen. Nur jedoch erkannte er blithattig, alles sei verloren. Wie kann er durchhalten, wenn die Leute um Nell wissen, wenn Nell selbst nicht durchhalten hat?“

Gussen las Peter diese Gedanken vom Gesicht ab, sein Höhnen verwandelte sich in Knurten: „Sie wollen also noch immer nicht mit der Wahrheit herausrücken? Nun, zusätzlich brauchen Sie gar nichts mehr zu sagen.“

Abermals wandte er sich fort und schritt im Zimmer auf und ab. Die Wut in ihm erzeugte einen derart starken Druck, daß er nicht ruhig verharren konnte. Schließlich lehnte er sich an sein Porträt aus der Lade ein Paar. „Ich sehe ja, daß Sie inzwischen neue Lügen ausschleien,“ sagte er. Peter wagte nicht, dies zu verneinen; da jedes seiner Worte einen neuen Wulstausbruch hervorrief.

„Gut,“ fuhr Gussen fort. „Ich werde Ihnen dies vorlesen dann werden Sie wissen woran Sie sind, was für ein Ekel Sie sind.“

Er las den Brief vor, und noch bevor Peter einen ganzen Satz gehört hatte, wußte er, der Brief sei von Nell und wußte auch, daß sein Traumschloss für immer in Schutt und Trümmer liege. Die Ruinen von Sargon und Ninive waren nichts dagegen.

Der Brief lautete: „Lieber Herr Gussen. Es tut mir leid, Sie im Stich lassen zu müssen, doch werden wir alle einmal der Arbeit überdrüssig und bedürfen der Rast. Diese Zeilen sollen Ihnen mitteilen, daß Ted Crothers in Nelle Astermans feuerischer Kasse eingebrochen und etliche Freiheitssachen und Juwelen für etwa fünfzigtausend Dollars entwendet hat. Sie wissen, daß Ted sich auf Edelstein verschafft.“

Sie werden natürlich herausbekommen, daß ich in Astermans Haus gearbeitet habe und werden mich verfolgen wollen, doch kann ich Ihnen sagen, das hätte für Sie wenig Sinn, unterhabhaft zu werden, wir kennen nämlich den ganzen Schwindel, den Sie im Prozeß Goode und überhaupt im letzten Jahr getrieben haben. Fragen Sie Peter Judge danach, er wird meine Worte bestätigen. Peter und ich haben die ganze Bombenverschwörung arrangiert; Sie dürfen Peter darob nicht tadeln, er tat bloß, was ich ihm zu tun gebot. Er ist viel zu dummkopf, um gefährlich zu sein und wird Ihnen als Agent viel nützen, wenn Sie ihn gut behandeln und darauf achten, daß er nicht mit Frauen zusammenkommt. Dies ist leicht zu bewerkstelligen, Sie müssen ihm bloß das Geld fornixieren, denn er ist so höhnlich, daß ihn keine Frau anschauen wird, wenn er nicht gut zahlt.“

Peter wird Ihnen erklären, wie wir die Dynamitverschwörung arrangierten. Sicherlich wäre es Ihnen peinlich, gelangten diese Tatsachen den Roten zur Kenntnis, und Sie dürfen gewiß sein, daß dies geschehen wird, wenn Sie mich und Ted nicht in Ruhe lassen. Wenn Sie sich dagegen ruhig verhalten, werden wir kein Wort sagen, und Sie haben noch immer eine hübsche Verschwörung, die reinigen darf, um die Roten zu vernichten. Schließlich haben Sie dies mit fünfzigtausend Dollars nicht überzahlt, denn Nelle Asterman hat für weit mehr Geld von Ihnen viel weniger erhalten. Ich weiß, wenn Sie dies lesen, werden Sie toben, überlegen Sie abwechselnd, und verlieren Sie nicht den Kopf. Ich schicke den Brief durch einen Boten, damit Sie sich sofort an Nelle Asterman wenden und verhindern können, daß er zur Polizei geht. Sie wissen ja, was das bedeuteten würde, diese Schwachsäfte würden die Bombenfässer entdecken, alles würde den Zeitungen und den Roten bekannt werden, was ein großer Schaden für Ihre Agentur wäre. Außerdem würden die Roten jetzt, nachdem Sie Shawns Grab gelyncht und die andern verprügelt haben, keine angenehmen persönlichen Feinde sein. Ted und ich werden uns eine Weile nicht zeigen und auch die Jungen nicht gleich verlassen. Derart wird alles in Ordnung sein.“

Hochachtungsvoll

Edylshe.
P. S. Es ist wirklich nicht Peters Schuld, daß er Frauen gegenüber so dünn ist, er hätte sehr gut Ihr Sie gearbeitet, wäre ich weniger schön.“
(Fortsetzung folgt.)

Noch ein anderer Faktor spricht bei dieser Erscheinung mit. Das frühere Kunstgewerbe war ein Handwerk, das heutige beginnt erst wieder eines zu werden. Die innige Verbindung des Handwerklichen mit der Kunst, die die Solidität und die Ungezwungenheit des früheren Kunstgewerbes bedingte, ging bekanntlich dem 18. und 19. Jahrhundert verloren. Wehr und mehr wurde die Kunst zu einem Luxus, der in den ästhetisierenden Oberschichten wützte und jede wahre Verbindung mit der löslichen Welt vermittelte. Daher ein Abweg war, hat unsre Zeit zum Glücksfall. Und gerade da, wo das moderne Kunstgewerbe wieder fest auf handwerklichem Boden steht, fließen seine schöpferischen Quellen wieder am reichsten.

Noch eine Erscheinung müssen wir betrachten, die unsre Feststellungen bestätigt und vielleicht sogar Anhalte auf die weitere Entwicklung nebstattet: Es haben sich doch einige Stilgruppen herausgebildet, deren Angehörige einen bestimmten offiziellen Stil verkörpern. Und zwar handelt es sich um eine Menge Arbeitsgemeinschaften, die sich an einzelnen Schulen unter der Leitung starker künstlerischer Persönlichkeiten gebildet haben, und unter geschäftsmäßlichen Gesichtspunkten arbeiten. Unter diesen Verhältnissen ist von selbst eine Aufgabe des übertriebenen Persönlichkeitstrebs voraussetzt einer mehr objektiven Arbeitsweise gegeben, und tatsächlich zeigen die Produkte dieser Arbeitsgemeinschaften eine überraschende stilistische Einheitlichkeit und bilden ein wohltuendes Gegengewicht gegen die Vereinzelterung die im allgemeinen herrscht. Besonders dort, wo das handwerkliche bestimmt auf die schöneren Arbeit einwirkt, wie zum Beispiel bei der Düsseldorfer Arbeitsgemeinschaft, die im Range der Textilkunst steht, der am stärksten mit dem Handwerk verbündeten aller Künste, bilden sich auf diesem Wege Ansätze zu einem starken und überzeugenden Stile heraus. Allerdings muß wohl ein großer Teil der Schule an diesen ersteuerlichen Erscheinungen dem starken Einfluß lästiger „Arbeitsgemeinschaften“ vorschreiben werden, und es ist sehr zweifelhaft, ob sich die innere Einheit eines solchen Künstlerkreises auch ohne diese Spalte erhalten kann.

Noch fehlen unsrer Zeit die Brüder von Mensch zu Mensch, und es ist nicht abzusehen, wann sie jemals wieder erschlagen werden. Bis dahin ist aber die Hoffnung auf eine große, einheitliche Kunst unvorstellbar, und wir müssen uns damit beantlichen, von einzelnen Künstlern Höchstleistungen an individueller Gestaltungskraft zu gewinnen.

Pz.

Kleine Chronik.

Theater in der Taubstummenanstalt. Am 11., 17. und 18. September, abends 1/2 Uhr, finden in der hiesigen Taubstummenanstalt — Leipzig-Thonberg Karl-Siegismund-Straße 2 — wie der Theateraufführungen taubstummer Kinder statt. Es wird ein „Bunter Abend“ veranstaltet und die Vorführungen (Vollspiele, Handschattenstücke, Tänze usw.) sind so, wie sich die Kinder unter sich zu unterhalten pflegen. Gewiß sind diese Darbietungen, in denen sich Wesen und Eigenart der taubstummen Kinder offenbaren, der hörenden Welt interessant; deshalb sind die Aufführungen öffentlich, und es wird dazu eingeladen. Eintrittskarten sind vor jeder Kasse am Saalraum zu haben.

Unsere Herbstschläger!

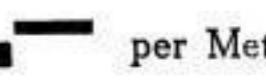
Mantelflausche und Galerotstoffe

in uni und vielen hochmodernen Mustern

Mk. 65.— 85.— 95.— 125.— per Meter

Reinwollene blaue Cheviots

Mk. 65.— 75.— 85.— 95.— per Meter

 Sie müssen unsere Schaufenster besichtigen! 

Leipziger Textil-Gesellschaft 

Brühl, Ecke Plauensche Straße.

Gewerkschaftsbewegung.**Betrachtungen zur Frage der Streikfahigkeit.**

Nach kurzem Abstauen der wirtschaftlichen Bewegungen im Frühjahr und Sommer d. J. werden die Arbeiter und Angestellten durch die neuzeitliche Lebenshaltungs-Verteuerung genötigt, erneut zur Waffe des Streiks zu greifen, wenn sie nicht ganzlich vereinsenden wollen. Da gewinnt die Frage der Streikfahigkeit erneut an Interesse.

Die Lohnbewegungen sind auf der ganzen Linie entbrannt. Das Unternehmertum gibt sich die erdenklische Mühe, durch Einwirkung auf die öffentliche Meinung mit Hilfe der bürgerlichen Presse den Massen weiszumachen, daß eigentlich ein Lohnausgleich gar nicht oder nur in sehr geringem Maße erforderlich wäre. Die Goldschreiber des Unternehmertums rechneten erst mit einer notwendigen Lohn erhöhung von 45 Pf., dann von 68, neuerdings sogar von 23 Pf. pro Stunde, und betonen, daß ein Ausweg für die Arbeiterschaft nur in der Produktionssteigerung erzielt werden könnte. Die Möglichkeit der Produktionssteigerung wird von den Unternehmern in der Verlängerung der Arbeitszeit erachtet; und so läuft legt Endes die Gegenaktion der Unternehmer darauf hin aus, den Arbeitern an Stelle des Lohnausgleichs eine Verlängerung der Arbeitszeit aufzudrängen. Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß gerade durch dieses Verhalten der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände eine bedeutende Verschärfung der Kämpfe herbeigeführt wird, wodurch allerdings die freien Gewerkschaften gar nicht böse zu sein brauchen; denn dieser Zustand bedeutet nur eine Verstärkung der Rücksicht der freigewerkschaftlichen Idee.

Wirtschaftliche Streiks wurden bisher im allgemeinen getrennt in den einzelnen Wirtschaftszweigen geführt. Nur sehr selten erstreckt sich ein wirtschaftlicher Streik über mehrere Wirtschaftszweige. Bei wirtschaftlichen Streiks kommt es besonders darauf an, die Unternehmer des betreffenden Gewerbes durch möglichst starke finanzielle Schädigung zum Nachgeben zu zwingen. Je größer der Streikschaden im Verhältnis zur Fortdauer der Unternehmer, um so eher wird bei den Unternehmern die Neigung zur Nachgiebigkeit bestehen. Die größtmögliche Schädigung der Unternehmer des Gewerbes muß also angestrebt werden, und da fragt es sich, ob es immer richtig ist, daß alle Gruppen von Arbeitnehmern des gleichen Gewerbes zu gleicher Zeit aus den Betrieben herausgekommen werden. Wir denken hier vor allem an die Frage der gleichzeitigen Durchführung von Arbeiter- und Angestelltenstreiks zur Herausforderung der Löhne.

Es wird vielfach die Meinung vertreten, daß freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte unter allen Umständen genötigt wären, zu gleicher Zeit Lohnstreiks zu führen. Sehr oft wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß erst das gemeinschaftliche Vorgehen bei Lohnbewegungen der Beweis der Solidarität wäre. Es liege den Gedanken der Solidarität völlig verkehrt, wenn die vorliegende Meinung zur allgemeinen werden sollte. Für die Unternehmer würde es größtenteils geradezu die freiwillige Durchführung ihres eigenen Willens sein, wenn sagten wir in einem Lohnkampf der Arbeiter der chemischen Industrie, auch die Angestellten aus den Betrieben gehen würden. Die Rechtslage ist nämlich die, daß die im Betriebe verbleibenden Angestellten noch wie vor ihre Gehälter weiter beziehen würden, während ihre Arbeitsleistung völlig illusorisch wird, weil die Tätigkeit von Arbeitern und Angestellten in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis steht. Natürlich ist Hauptvoraussetzung, daß durch die Angestellten jedoch Streikarbeit abgelehnt wird, denn sonst würde tatsächlich der Gedanke der Solidarität durchbrochen. Umgekehrt würde ein Streik der Angestellten für die Unternehmer sofort erleichtert werden, wenn die Arbeiter mit aus dem Betriebe gingen, denn dann steht sich auch da eine vorübergehende Betriebsstillung durchmitteln, ohne daß damit erhöhte Kosten verknüpft wären. Es trifft zwar zu, daß die Unternehmer bei Angestelltenstreiks zum Mittel der Auspeitung der Arbeiter mit Vorliebe greifen, um einen Zwiespalt in diese beiden Gruppen zu tragen. Da in diesem Falle natürlich eine von den Verbandsleitungen ungewöhnliche Belastung durch Unterstützungsleistung in den Arbeiterorganisationen eintretet wird, auch von den freien Arbeitergewerkschaften Jahr, oft gegen beabsichtigte Streiks der Angestellten Stellung genommen. Ist dies auch durchaus verständlich, um nicht eine unnötige Schwächung der ja durch die zahlreiche Stärke stets mächtigeren Arbeitergewerkschaften herbeizuführen, so vertreten wir doch die Auffassung, daß das noch lange nicht die Aufgabe des selbständigen Vorgehens der beiderseitigen Organisationen der Arbeiter- und Angestellten in Lohnkämpfen rechtfertigt, sondern daß nur eine engere Verbindung zweier gegenseitiger Verständigung vor der Aufnahme von Streikbewegungen zu erfolgen hat, damit nicht die Bewegung einer Gruppe die der andern unmöglich macht.

Wie sehr die Unternehmer gerade auf eine gleichzeitige Durchführung der Bewegungen von Arbeitern und Angestellten hinstreben, das hat der Allgemeine Deutsche Arbeitgeberverband für das Schuhgewerbe (ADAW) in sehr ungeschickter Weise in seinem Organ, Die Rundschau, Nr. 34 vom 20. August 1921, zum Ausdruck gebracht. Darin finden wir einen Artikel über die Haltung des Zuliefererverbandes, worin das Verlangen gestellt wird, die Zulieferer, die bekanntlich Angestellte sind und nicht durch den Schnellvergabtarif ersetzt werden, sollten sich gründlich

1. für eine gleichzeitige Lohnregelung mit der Arbeiterschaft,
2. für eine stilelle Vermeldung einer Arbeitsunterbrechung, während die Gehälter fortarbeitet.
erklären, bevor überhaupt Tarifverhandlungen aufgenommen werden könnten.

Was hier aber der ADAW ausgesprochen hat, ist nichts andres, als das, was auch andre Unternehmerorganisationen anstreben. Man sichert den Angestellten mit Vorliebe zu, ihnen die gleichen Lohn erhöhungen wie der Arbeiterschaft zu gewähren, nur damit sie ihre selbständigen Bewegungen aufgeben und nicht etwa, nachdem die Arbeiterschaft durch Streik durchgedrungen haben, durch eigene Bewegungen dem Unternehmertum neuen Schaden zufügen und vielleicht auch noch weitergehende Erfolge herausholen, die natürlich sofort wieder auf die Entlohnung der Arbeiterschaft einwirken müssten.

Gerade das Interesse der Unternehmer an der Abhängigkeit der Lohnfestsetzung von Arbeitern und Angestellten verdient die entsprechende Würdigung, denn auch hier stehen sich Unternehmer und Arbeiterschaft diametral gegenüber.

Anders steht die Sache natürlich bei politischen Streiks aus. Sie werden fast ausschließlich nur kurzfristig sein und sich in den seltesten Fällen mit der reinen Lohnfrage, weit mehr mit den politischen Machtverhältnissen und den gelehrgebierten Maßnahmen befassen. Hier kommt nicht die finanzielle Schwächung der Unternehmer des einzelnen Gewerbes in Betracht, als vielmehr die plötzliche Brachlegung des gesamten Wirtschaftslebens. Politische Streiks können nur besonders wichtig gestaltet werden, wenn möglichst die Gesamtheit der Unternehmer zu gleicher Zeit die Arbeit niedergelegt, so daß hier also Arbeiter und Angestellte nur durch gleichzeitiges und gemeinsames Vorgehen der Bewegung die nötige Kraft geben können. Außerdem fallen zum größten Teil die Rücken auf die gewerkschaftlichen Organisationen, denn die Zahlung von Streikunterstützung usw. kann unmöglich in Frage kommen.

Bei der Beurteilung der Frage, ob und wann ein politischer Streik einzehen soll, sind in der Regel ganz andre Momente maßgebend als bei den wirtschaftlichen Streiks. Es kann die Situation für einen wirtschaftlichen Streik sehr günstig liegen, während für die erfolgreiche Durchführung eines politischen Streiks alle Voraussetzungen fehlen. Deshalb ist es auch verkehrt, bei jeder Gelegenheit nach dem politischen Streik zu rufen. Wir erkennen nicht, daß sich die Verhältnisse immer mehr auspielen, und wissen, daß das Ende des Proletariats letzten Endes nur durch Überwindung des Kapitalismus besiegelt werden kann. Wir wissen auch, daß der Moment kommen kann, wo zur Erreichung dieses Ziels die Waffe des politischen Massenstreiks angewendet werden muß. Über der politischen Streik ist eine so zweckwidrig Waffe, daß er nicht leistungsfähig und ohne Prüfung der Erfolgsaussichten in Szene gesetzt werden darf, wenn anders nicht dem Proletariat selber große Nachteile daraus ersehen sollen. Der bloße Wille zum politischen Streik kann nicht den Ausschlag zur Inszenierung deselben geben.

Wir haben diese Frage hier einmal angeschnitten, um das Für und Wider in etwas anderer Weise als bisher zu beleuchten, und hoffen, den freien Gewerkschaften und ihren Führern bei der Beurteilung der Frage „gemeinschaftliche oder getrennte Arbeiter- und Angestelltenstreiks bei Lohnkämpfen“ einen entsprechenden Fingerzeig gegeben zu haben.

Die Lohnbewegung der sächsischen Transportarbeiter.

Nach mehrjährigen Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium ist ein neuer Landestarifvertrag für Transportarbeiter zustande gekommen. Die Lohnzulagen betragen in

Lohnklasse	A	B	C	D
pro Woche.	75.—	75.—	70.—	70.— M.

Die Überstunden werden mit 25 und die Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag entschädigt. Eine Erhöhung für die Pferdepflege des Sonntags, sowie bei der Auslösung bei Landstouren und mittags außerhalb Sülttern, ist eingetreten.

Die Ferientage wurden von 6 auf 9 Tage je nach der Beschäftigungsduer erhöht und in Krankheitslosen wird in Zukunft im 1. Jahr der Beschäftigung der Lohn für die ersten 9 Krankheitstage und nachher die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf eine Woche gezahlt.

Diese Verbesserungen verdanken die sächsischen Transportarbeiter nur ihrer geschlossenen Organisation. Um dies zu erreichen, war in mehreren Orten die Arbeitseinstellung notwendig, die zum Teil eine Woche gewährt hat.

Der Streik der Leipziger Transportarbeiter geht weiter.

In einer am 8. 9. stattgefundenen Versammlung der Streikenden wurde Bericht über die in Dresden stattgefundenen Verhandlungen gegeben und hierbei mitgeteilt, daß das Ergebnis war, daß die Unternehmer noch weitere 15 Mark Lohnzulage bewilligt haben, so daß ab 1. September ein Wochenlohn von 325 Mark gezaubt werden sollte. Nach einer längeren Auseinanderstellung über den erstatteten Bericht wurde in geheimer Abstimmung der Beschluss gefaßt, den Streik fortzuführen. Von 1682 Abstimmenden waren 1594 für Fortsetzung des Streiks, 82 stimmten dagegen und sechs waren ungültig. Von den Diskussionsrednern wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeit unter 350 Mark Wochenlohn nicht wieder aufgenommen werden soll. Wir bringen diesen Beschluss zur öffentlichen Kenntnis und bitten, auch weiterhin Solidarität zu üben.

Die Streikleitung.**Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter!**

Am 5. September berichteten wir über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schuhverband und betonten, daß die neuen Vertragslöhne auch für Leipzig vom 1. September

an gelten. Darauf sandte uns der Arbeitgeber-Schuhverband für das Holzgewerbe, Bezirk Leipzig, eine sogenannte Verhältnis, in der dies bestritten und behauptet wurde, daß für Leipzig erst vom 1. Oktober an die neuen Tariflöhne zu zahlen wären.

Wir haben uns sofort an den Deutschen Holzarbeiterverband gewendet, der darauf folgendes konstatiert:

Nach Kenntnis des vom Arbeitgeber-Schuhverband verstandenen Rundschreibens haben wir uns sofort an unsern Zentralvorstand gewandt. Dieser bestätigt, daß unsre in der Nummer vom 5. September der Leipziger Volkszeitung gemachten Ausführungen richtig sind, wonach die neuen Vertragslöhne auch für Leipzig schon am 1. September in Kraft getreten sind und nicht, wie vom Schuhverband behauptet wird, am 1. Oktober. Die in der schriftlichen Formulierung der Vereinbarung gebrauchte Wendung, daß für Leipzig die volle Wirkung der Vertragslöhne erst am 1. Oktober 21 in Kraft tritt, bezieht sich lediglich auf die Betriebe der Holzindustrie Leipzigs, die bisher die geringsten Löhne zahlt. Einige dieser Betriebe behaupten gern von sich, nur erstklassige Fabrikate zu liefern. Dadurch, daß sie nur die minderwertige Produktion herstellen, das mag sehr unangenehm sein. Wir haben aber keine Veranlassung, die wirklichen Tatsachen deshalb in das Gegenteil umkehrn zu lassen."

Lohnbewegung in der chemischen Industrie.

Die in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeitnehmer nahmen in einer überfüllten Versammlung am 7. September Stellung zum Ergebnis der Lohnverhandlung, die am 6. September in Leipzig stattgefunden hat. Das der Lohnkommission gemachte Angebot der Unternehmer löste allgemeinen Unwillen aus. Aber auch der noch in den Abendstunden des 6. September von der bezirklichen Schlüttungsstelle gefallte Schiedspruch fand nicht die Zustimmung der Versammlung und wurde abgelehnt. Der Schiedspruch hat in seinem wesentlichen Teile folgenden Wortlaut:

„Die Löhne der männlichen Arbeiter über 20 Jahre, die im Tarifvertrag vom 27. Mai 1921 festgesetzt worden sind, werden mit Wirkung ab 1. September 1921 folgendermaßen erhöht:

männliche Arbeiter über 20 Jahre	M. 1.20 pro Stunde
18—20	1.—
17—18	0.—
16—17	0.80
Arbeiterinnen über 20	1.—
18—20	.80
16—18	.70
15—16	.60

Die Ortsklasse IV kommt in Wegfall. Die Löhne der Ortsklassen II und III erhöhen sich bei den männlichen Arbeitern in jeder Klasse um je 30 Pf.

„Die Bestimmungen über die soziale Zulage bleiben wie bisher bestehen.“

Die Differenzierung der Fachgruppen A und B bleibt, wie die seitlichen Abmachungen lauten, bestehen.

Dieser Tarifvertrag gilt bis 31. Oktober 1921 und kann erstmalig am 30. September 1921 mit monatlicher Kündigung aufgelöst werden. Wird keine Kündigung eingereicht, so läuft er gegen monatliche Kündigung weiter.“

Sonntag, den 11. September, nimmt nun eine Konferenz der chemischen Arbeiter Sachens in der Lohnstreitsache entscheidend Stellung. Der erfreulich zahlreiche Versammlungsbetrieb am Mittwoch berechtigt zu der Hoffnung, daß sich die chemische Arbeiterschaft auch künftig mehr um ihre Angelegenheiten kümmern wird. Das bei vielen Arbeitern mehr instinktive Wollen zu einem bewußten zu machen, soll die nächste Aufgabe der Verbandsfunktionäre werden.“

Verband der Fabrikarbeiter.

Eine am 7. September stattgefundenen, sehr starkbesuchte Versammlung der Tabakarbeiter beschäftigte sich mit dem Stand der Lohnbewegung. Kollege Schneider gab in einem ausführlichen Bericht bekannt, daß der Hauptvorstand am 11. August bei der Reichsarbeitsgemeinschaft, Gruppe Tabak, um Verhandlungen nachsucht hat. Der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft war am 19. August zusammen und empfahl den Tarifontrentanten eine Verhandlung anzubauen, um über eine eventuelle Teuerungszulage zu beraten. Da bei den Arbeitnehmern bis zum 25. August noch keine Einladung zu einer Verhandlung vorgelagert, wurde erneut die Angelegenheit mit Nachdruck in Erinnerung gebracht und gleichzeitig mitgeteilt, daß, wenn keine befriedigende Lösung im Interesse der Tabakarbeiter erfolgt, dann auch der Tarifvertrag vom 4. Juni 1921 in puncto Lohnbestimmungen für den 31. Oktober als gelösigt gilt. Endgültige Verhandlungen über die Teuerungszulagen finden nunmehr am 14. September in Stuttgart statt.

Die Leipziger Tabakarbeiter haben schon am 30. Juli zu der gegenwärtigen Teuerung Stellung genommen und vom Hauptvorstand verlangt, mit allen Mitteln eine Beschleunigung der Verhandlungen zu betreiben. Inzwischen sind 6 Wochen vergangen und immer müssen die Tabakarbeiter trotz der enormen Teuerung noch auf die Zulage warten. Offensichtlich ist dieses alles nur eine Verschiebung durch die Unternehmerorganisationen. Diese glauben, den Tabakarbeitern alles bieten zu können. Aber auch die Geduld der Tabakarbeiter geht wieder einmal zu Ende und die Herren Unternehmer dürfen sich dann nicht wundern, wenn tarifwidrige Streiks eintreten.

Vohnbewegung der Tabakarbeiter.

Eine am 7. September stattgefundenen, sehr starkbesuchte Versammlung der Tabakarbeiter beschäftigte sich mit dem Stand der Lohnbewegung. Kollege Schneider gab in einem ausführlichen Bericht bekannt, daß der Hauptvorstand am 11. August bei der Reichsarbeitsgemeinschaft, Gruppe Tabak, um Verhandlungen nachsucht hat. Der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft war am 19. August zusammen und empfahl den Tarifontrentanten eine Verhandlung anzubauen, um über eine eventuelle Teuerungszulage zu beraten. Da bei den Arbeitnehmern bis zum 25. August noch keine Einladung zu einer Verhandlung vorgelagert, wurde erneut die Angelegenheit mit Nachdruck in Erinnerung gebracht und gleichzeitig mitgeteilt, daß, wenn keine befriedigende Lösung im Interesse der Tabakarbeiter erfolgt, dann auch der Tarifvertrag vom 4. Juni 1921 in puncto Lohnbestimmungen für den 31. Oktober als gelösigt gilt. Endgültige Verhandlungen über die Teuerungszulagen finden nunmehr am 14. September in Stuttgart statt.

Die Leipziger Tabakarbeiter haben schon am 30. Juli zu der gegenwärtigen Teuerung Stellung genommen und vom Hauptvorstand verlangt, mit allen Mitteln eine Beschleunigung der Verhandlungen zu betreiben. Inzwischen sind 6 Wochen vergangen und immer müssen die Tabakarbeiter trotz der enormen Teuerung noch auf die Zulage warten. Offensichtlich ist dieses alles nur eine Verschiebung durch die Unternehmerorganisationen. Diese glauben, den Tabakarbeitern alles bieten zu können. Aber auch die Geduld der Tabakarbeiter geht wieder einmal zu Ende und die Herren Unternehmer dürfen sich dann nicht wundern, wenn tarifwidrige Streiks eintreten.

Kein Laden

Dauerhaft Preiswert Elegant

Nur eine Treppe

Herren-Schnürstiefel Rost- u. Rindleder, dauerhafter Strapsierstiefel	85.00
Herren-Schnürstiefel Rindbox, breite mod. Formen, besonders guter Strassensstiefel	137.50
Herren-Schnürstiefel braun, in allen Ledersorten, in den neuesten Formen	187.00
Damen-Lackhalbschuhe auch für Herren vorrätig zum Schnüren u. mit Spange, neueste Form, besonders billig	163.00
Damen-Hausschuhe auch für Herren vorrätig braun und schwarz, solid und dauerhaft, ausgewählte billige	46.50
Bequemer Frauenstiefel aus bestem Leder, in jeder Schuhgröße, niedriger Absatz, Wohlfühl für empfindliche Füße	115.00
Damen-Stiefel elegant. Schnürstiefel mit u. ohne Lackbesatz, kurze, vornehme Form, herabgesetzte Preise . . .	70.00
Damen-Schnürstiefel bequemer Toppen- u. Strassen-Stiefel, rein Leder, auch die Absätze sind rein Leder . . .	139.00

</

In der Diskussion wurde von allen Seiten bedauert, daß in dieser Frage so langsam gearbeitet wird. Nicht nur die Unternehmer trügen allein die Schuld, sondern auch unsre Organisation. Diese müßte den Arbeitgebern energischer aufs Fell rücken, damit die Herren sich veranlaßt sehen, schneller zu arbeiten. Wir dürfen den Kampf nicht scheuen. Aus der Menge der Versammlung wurde folgender Antrag gestellt: "In Anbetracht dessen, daß zu den Verhandlungen, die am 11. September in Stuttgart stattfinden, bestimmte Forderungen bis jetzt nicht gestellt sind, wird der Hauptvorstand erucht, da doch die Tendenz einer allgemein gleichmäßige ist, bei den Verhandlungen dahin zu wirken, daß eine Erhöhung der Löhne (ohne Unterschied der Arbeiter) um 2 Mk. pro Stunde eintreten. Ferner ist dafür zu sorgen, daß die erhöhten Löhne ab 1. August gezahlt werden." Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ferner wurde einstimmig beschlossen, vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen, bis das Resultat von den Verhandlungen am 11. September bekannt ist. Eine am 19. September im Volkshaus stattfindende allgemeine Mitgliederversammlung soll sich mit dem Resultat befassen. Die Herren Arbeitgeber aber mögen sich gesagt sein lassen, daß, wenn die Verhandlungen in Stuttgart nicht annähernd die Wünsche der Tabakarbeiter befriedigen, dann läßt sich der Kampf auf der ganzen Linie ausbreiten wird. Welche Erhöhung unter den Tabakarbeitern besteht, hat sich bereits in einigen Orten gezeigt. Die Tabakarbeiter haben es seit, ihre Angelegenheiten immer auf die lange Bank schließen zu lassen, zumal sie von allen Arbeiterkategorien die am niedrigsten bezahlten sind. Wenn auch viele mit der Taktik des Hauptvorstandes des Verbandes nicht einverstanden sind, so gilt es doch, in der Organisation zusammenzuhalten und mitzuarbeiten, um die großen Aufgaben zu lösen, die noch zu erfüllen sind im Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Am Schlusse der Versammlung wurde sofort das Abstimmung, insofern sie künftlich

erzeugt werden, unter allen Umständen zu unterlassen sind; zumal die Tabakarbeiterchaft durch die Steuer, die am 1. Oktober 1921 resp. 1. Januar 1922 in Kraft treten soll, mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen hat.

Die Firma Gustav Schmidt, Leutzh., Hauptstraße 87, hat den Arbeitern Lohnzulagen von 15 und 20 Mk. pro 1000 bewilligt und schon ausgezahlt. Dieses hierdurch zur Kenntnis.

in Betrieben arbeiten, die genannter Vereinigung angehören, auf das Straßenspazier geworfen. Grund dazu gab eine Lohnbewegung der Steinarbeiter, die bisher im Durchschnitt nur 4 bis 5 Mk. pro Stunde verdienten. Die Unternehmer boten nur 30 bis 70 Pf. Zulage pro Stunde, was die Steinarbeiter aber ablehnten.

Bom britischen Gewerkschaftskongress.

Der Gewerkschaftskongress in Cardiff nahm heute nachmittag eine Enthaltung an, in der er seiner ernsten Bedrohung über die Zunahme der Arbeitslosigkeit Ausdruck gibt und erklärt, daß es die Pflicht des Staates sei, den Arbeitskollegen Arbeit zu verschaffen oder eine entsprechende Unterstützung an Arbeitswillige zu gewähren. Der Kongress billigt die Aktion der Behörde der Arbeiterverbände, die sich bemüht hatten, den Arbeitern beizuhelfen, ist aber der Ansicht, daß die Arbeitslosen von der Nation unterstützt werden müssten. Schließlich verlangt der Kongress die sofortige Einberufung des Parlaments, damit zur Bekämpfung der Arbeitslosenkrise geeignete Maßnahmen getroffen werden können.

Eingelaufene Schriften.

Gedenkschrift zur Verfassungsfeier 1921 anlässlich des Erlasses der deutschen Reichsverfassung vom 11. August 1919. Verlag des Republikanischen Reichsbundes Bayern, München.

Die geständnen Bestimmungen über Wohnhilfe, Familienwohnhilfe und Wochensfürsorge. Bayerischer Kommunalgeschäftsvorstand, Verlag G. m. b. H., München. Pr. 90 Pf.

Das Inselfluss. Eine Zweimonatschrift für die Freunde des Inselverlags. 2. Jg. 6. Heft. Insel-Verlag, Leipzig. Preis des Jahrgangs 12 Mk., des einzelnen Hefts 2.50 Mk.

Mitglieder des Konsum-Vereins!

Kauft nur in Eurer Genossenschaft!



Arbeitsmarkt

Tücht. Roller

nicht sofort

Zigarettenfabrik Königstr. 21.

Hausmannsposten

Wethner Str. 24 zu vergeben

C. Rich. Böttner, Gaulach.

Perf. Oberhemden-Näherinnen

Herrenwäschefabrik, Dürrenstr. 4.

Geübte Näherinnen

an Kraftbetrieb und einige

Verwendende werden für sofort

gefragt. E. Stabenau,

Frankfurter Straße 6.

Gefücht für 1. Oktober

billigliches, zuverlässiges.

bekleidet. Mädchen

selbständige in der Regel u.

in all. häusl. Arbeit, Erfahr.

Gell. Off. nach L. Connewitz,

Gustav-Kretschmar-Str. 15, II. L.

Heil. Schulmädchen ab Aufw. f. nachm. gel. Körnerstr. 38, II.

Heil. Schulmädchen Aufw. gel.

Guit. Delitzscher Str. 118, II.

Verhäuser

Herren-Stiefel 125 Mk.

Damen-Schuhe 75 Mk.

Kinder-Stiefel 55 Mk.

Lehmann Dresden 69.

18. Damenstief. 1. neu Gr. 37,

gelb. Gelbw. 130.- 125.- 120.-

weiß. Gr. 38. Vornalische Str. 3d, III. L.

Spottbillig!

Getragene und neue

Anzüge

Militär-

peitschende

Schwärze

Arbeiter-

nur prima Qualitäten u.

feinste Schneider-Arbeit

a. lärmliche Schuhwaren

fanden Sie wie altz-

taumt beim billigen

Kanner

Nur Eisenbahnstr. 5.

Keine Filialen.

Anzüge

allermöglichste Formen und Farben

gestreifte

Militär-

Manchester-

schwarze

dunkelblaue

Militär- und

Sommer-Japonen billigst

Gummi- und Loden-Mäntel

Wadewitz,

Industriestraße 33, I.

Kein Laden, daher die

staunend billigen Preise.

Herrenanzüge, dunkelgrau u.

dunkelblau, bl. lila, hellgr. mod.

Wollkleid, Dam. Winter. b.

g. v. Reud., Perthesstr. 14, II. L.

Spottbillig! Anzüge

* Neu und getragen von feinsten Kavalieren kaufen Sie auffallend billig, auch sämtliche Schuhwaren nur beim

billigen Kanner nur Eisenbahnstr. 5.

Keine Filialen.

Vor Preiserhöhung

kauft man noch billige

Anzüge von 200 bis 600 Mk.

Hosen von 50 bis 180 Mk.

Gummimäntel in, nur 380 Mk.

Pa. Damenblusen von 45 bis 150 Mk.

bei Käte Thieme Sporgerätschen 10, I.

Warum denn weinen, wenn man keine Hose hat, bei Hermann Linke, I.

Tuchhaeuser Str. 5, III. L.

ab 200,- 300,- 400,-

Mit. reine Schneider-

arbeit, von Anzüge nach Wahl.

Schlosser-Anzüge 45.- Mk.

Dienst-Hosen schwarz, alte leiste Ware, mit und ohne Bleie, verfft. Elbische, Kurprinzipalstrasse 22.

Spottbillig! Neu u. vetr.

Ganz besondere Gelegenheitsläufe

Damen- u. b. Hemden

Bestbesig, Juistis

Hand- u. Wisschürze

Extra billig.

Damenblusen und Kleider

Windmühlenstraße 31

Weißler.

Sie sparen viel Geld

wenn Sie Ihren Bedarf bei

mir deuten. Neue u. getragene

Kleidgs. u. Wäschestücke

Schuhe für Herren, Damen

und Kinder, sowie

Möbel aller Art

Spottbillig

Röhs., Odermannstr. 4 (Laden).

Bendt. Siebille m. Schoufenter.

Elegante Herren- u. Burischen-

Anzüge, Hosen

von 225.-575 von 48.-185

Militär-Mäntel, Paltolet u.

Hosen, Breeches-Hosen verft.

Garderobenhaus I.

Täubchenweg 55

zwisch. Heinrich- u. Schildstraße

Wenen Wohnungs-Aufgabe verft.

Männer Anzüge und -Mäntel, Hüte, Trameau-Spiegel

spottbillig zu verkaufen

Nürnbergstr. 7, I.

Sport- und Berufs-Kleidung solid und billigst

Ulster :: Gummi-Mäntel :: Wäsche

Jackett-Anzüge Maurer- u. Schlosser-, Wasch- u.

Zollplan-Anzüge, Lüster, Eisen-

bahn-, Fleischer- und Konditor-Jacken

Anzüge, olivgrün, hell- und silber-

grau, auch für Burschen und Knaben

feldgrau ab Mk. 88., Arbeits-Hosen ab Mk. 45., Manchester- und Ledertuchhosen, Kellner-

Dienst- und gestreifte Hosen

Manchester ... feldgrau, kariert

Sport- und Reit-Hosen feldgrau, kariert

Mützen in großer Auswahl ab Mk. 15.

Leder ... ab Mk. 85.

Gamaschen braun, schwarz, Wickelgum., Stutzen

Walter Fritzsche Kurprinzstraße 22 Leipzig

Prommannstr. 12 Leipzig

Reichsbahnstr. 12

Neues Theater.

Freitag, den 9. September: Vorstellung für das Arbeiterbildungsamt (Bezirk Weißeritz 1-18); Abend, Anfang 7 Uhr.
Samstag, den 10. September: 189. Wurstkäse-Vorstellung (1. Folge, 2. Teil); Eintritt 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr, Minna Prell.
Sonntag, den 11. September: 190. Wurstkäse-Vorstellung (2. Folge, 2. Teil); Die Wallfahrt, Anfang 8 Uhr, Minna Prell.

Altes Theater.

Röder-Wagner-Platz (Mannheim verboten) Telefon 1416.
Freitag, den 9. September 1921
Kleinfamilie Vorstellung für den Verein deutsche Kuhne
Minna von Barnhelm oder: Das Goldatenglied.
Durchspiel in 6 Akten von G. G. Lessing.
Die Szene gesetzt von Kurt Goll.
Gustaf Prell, Eintritt 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr, Ende nach 10 Uhr.
Samstag, den 10. September: Neu einfließt! Abgängte auf Tauris, Eintritt 7½ Uhr, Minna Prell.
Sonntag, den 11. September: Rückgabe auf Tauris. Anfang 7½ Uhr, Minna Prell.

Neues Operetten-Theater.

Freitag, den 9. September: Vorstellung für den Leipziger Männerchor und Allgemein-Hausbesitzerverein: Das Dörfchenleben, Anfang 7½ Uhr.
Samstag, den 10. September: Die Habsburger, Anfang 7½ Uhr, Gustaf Prell.
Sonntag, den 11. September: Die spanische Nachtgall, Anfang 7½ Uhr, Gustaf Prell.

Krystall-Palast

September 1921
Ukrainischer Chor
27 Personen 27 Personen
sowie das weitere erstklassige
Großstadt-Programm
Anfang 7½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Bottenberg

Varieté Tel. 1370
Anfang 8 Uhr
Leipzigs Liebling
Gustav Bertram
Margarete Peter
v. Apollo-Theater, Düsseldorf, als Gast in
Das Mädel vom Kabarett
Vorverkauf: Tageskasse 10-2 und Zigarren-Geschäft K. Hirsch, Katharinenstrasse 6.

Olympia-Schau

Direktion A. Hacker
ist und bleibt wie bisher das Tagesgespräch von Leipzig.
Zur Zeit wegen des enormen Erfolges
verlängertes Gastspiel auf der
Spielwiese in Kleinzschocher
Linien 1, 3 und 8 (Antonienstraße).
Heute abend 7½ Uhr:
Das neue Sensations-Weltstadt-Programm, u. a.

Neul	Fred William	Neul
Der Verlochter des Todes am 30 m hohen Mast		
Mr. Wupper	Georg Grubel-Co.	
Meister auf dem engl. Tanzsprungzell	Balance-Akt in höchster Vollendung	
4 der besten und originellsten Clowns und Augusto.	— Man lacht Tränen!	
Tom Jack Kaspari	mit seinem Foxterrier Lidy	
und weitere 10 Attraktionen sowie das Brillant-Feuerwerk		
Parole: Auf zur Olympia-Schau auf der Spielwiese in Kleinzschocher		

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstrasse 7 — Am Königsplatz



Heute Freitag, 5. und 6. Episode zusammen.
Die grosse Begeisterung
aller Interessenten, welche diese Woche unser Theater besucht haben, ist der beste Beweis von der ganz aussergewöhnlichen Güte unseres Spielplanes.
Mit Beispieldosem Interesse
verfolgt der Besucher die letzten 10 Akte des grossen amerikanischen Sensationsfilms.

Mit Büchse und Lasso

In der Hauptrolle:
Eddie Polo Amerikas bedeutsamster Cowboy

5. Episode: Durch Not und Tod	6. (Schluss) Episode: Glühende Rache
6 Akte 6	4 Akte 4

10 Akte 10



Gegründet 1890

Herm. Liebau

Roßplatz 8, Ersste Etage

Damen-Konfektion :: Putz

Nur Neuheiten

Nur Qualitätsware

Sehr billige Preise

Moderne Damen-Mäntel

für Herbst und Winter
180.— bis 1800.—

Moderne Strickjacken

in vielen Farben 50.— bis 400.—

Moderne Kostüme

schwarz und engl. Stoffen 190.— bis 1800.—

Moderne Mantelkleider

in vielen Farben und Stoffarten
180.— bis 1200.—

Moderne Kleider

in Trikot, Seide, Gabardine, Volle, Tuch, Cheviot
100.— bis 1500.—

Moderne Röcke

Pinsel, Römerstreifen, Gabardine, Kammgarne
50.— bis 400.—

Moderne Blusen u. Jumper

in Seide, Wolle, Volle, vom einfachst.
bis elegantesten 50.— bis 500.—

Moderne Hüte

in Samt, Velour, Tuch, hochapart
50.— bis 400.—

Moderne Pelze

in echt u.imit. strengreil und
solid 80.— bis 2000.—

Kindersachen — Unterwäsche

Abänderungen und Garnierungen

Im eigenen Atelier schnellstens . . .

Herm. Liebau, Roßplatz 8

Erste Etage, Ecke Kurprinzstraße. — Kein Laden.

Bei sofortiger Barzahlung 10 Proz. Rabatt in bar.

Sänger- und Frauendorf Leipzig-Mockau

Mitglied des U.-S.-B.

Sonnabend, den 10. September 1921

Großer öffentl. Ball

im Alten Gasthof, Mockau (Großer Saal).

10 Uhr: Konter

Freunde und Förderer des Sängers sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Waldschloß Oberholz.

Sonnabend, den 10. September

Feiner Haus-Ball

verbunden mit Jahres-Schmaus.

Anfang 7 Uhr. Es laden ergebnis ein

Dritte sächsische Landeswohlfahrts-Geldlotterie

Hauptvertrieb: Invalidendank für Sachsen

Leipzig, Universitätsstraße 4

Ziehung: 19.—26. Sept.

Höchstgewinn im günstigsten Falle:

125 000

Prämie: 75000

50 000

20000

10 000

5000 etc.

kleinsten Gewinn 10.-

Lose à 5.- (Postgeld u.

Liste 1.-) bei den

Staatslotto-Einnehmern

und den durch Plakate

kenntlich. Geschäften.

Leipziger Schauspielhaus.

Freitag, 17.9. — Freitag, 24.9. — Montag, 27.9.

Freitag, den 9. September 1921, abends 8 Uhr

Die Sache mit Lola.

Schwanz in drei Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schanzer.

Im zweiten Teil von Anton Arndt.

Verlesen: Sebastian Oberlein (* * *); Jenova, seine Frau (Stella Polli); Maria Sophia, deren Tochter (Hilde Brand-Witt);

Eduard Buschel, deren Bräutigam, Photograf (Eduard Weiß);

Dr. med. Stöckner (Edo Weiß); Lola, Mieze, Berlinerländerin bei Lola (Elizabeth Mart; Marga Höller); Slappy, Buscheller bei Lola (Kurt Brodt); Helga, Morgenstern, Einwohnerin bei Lola (Edeltraud Michaelis); Schlossfritz (Adolf Braunstein);

Untermeyer (Hartmut Kühl); Oskar, Buscheller bei Hotel Alter (Else Schmid); Anna Sondermann (Grete Schröter).

Reaktion: Hermann Oberlein (* * *); Anton Arndt a. M.

Der erste Akt spielt im Einwohneramt des Alters Edgar, der zweite

im Schlosshotel Lola, der dritte in einem Wohnungsalarm bei Hotel Alter.

Montag, 21. September, abends 8 Uhr: **Die Sache mit Lola.**

Der erste Spielabend hat neuen Weltrekord: knapp vom 1. bis

21. September 1921. Die noch nicht eingelöste Kettensumme

der alten Jahreszeit ist im Laufe des September eingelöst worden. Nur die Einlösung des 10. Spielabends bleibt frei gelöst.

Altes Theater.

Telefon 1200 — Dienstag: Arty Kleines. Eitterstraße 42

Freitag, den 9. September 1921, abends 7½ Uhr

Zigaros Hochzeit.

Komödie mit Musik in 5 Aufzügen von Beaumarchais.

Mit Bemühung der Abteilung Unterhaltung für das kleine Theater bearbeitet und inszeniert von Otto Stoefel.

Wohltätige Leistung: Kabarettist Hans Richter.

Montag, 7.9. — Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10½ Uhr.

Sonntag, den 10. September, abends 7½ Uhr: **Zigaros Hochzeit.**

Sonntag, den 10. und Montag, den 11. September, nachmittags 4 Uhr: **Metzen.**

Drei Linden

Heute abend 7½ Uhr:

Der große Varieté-Erfolg

12 erstklassige Attraktionen

Zornay Hayda Skandinavien beste Tänzerin

Dr. Angelos lob. Marmorskulptur

Hilde Gad die bekannte Groteskfänzerin

Mme. Lauré die tollkühne Schönheit

sowie die weiteren Attraktionen.

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr (Tel. 43543), Th. Althoff, Petersstr.

zu dem grossen Ausstatt.-Ballott

Isis „Ein Abend in Kalro“

ausgeführt vom

Haas-Heye-Ballett

Dekorationen, Kostüme und Tollottchen von Prof. Haas-Heye. — Außerdem

Der erstkl. Varieté-Spielplan

Vorverkauf: Tageskasse 10-2 Uhr, Tel. 11111, Warenhaus Th. Althoff, Petersstr.

Ab Freitag bis Montag

Der erste grosse Original amerik. Episoden-

36 Akte 6 Abteil., mit zusammen 36 Akte

Mit Büchse und Lasso

I. Teil: Heisser Boden :: 6 Akte

Der II. Teil: Im wilden Ringen folgt Dienstag.

Das Erbe der van Diemen

6 Akte Das rätselhafte Testament 6 Akte

Grosses sensation. Schauspiel 6 Akte

Einlass 5 Uhr.

Licht

Spielplan ab Freitag, den 9. September

Königs-Pavillon u. Kasino-Lichtspiele

Promenadenstraße 8

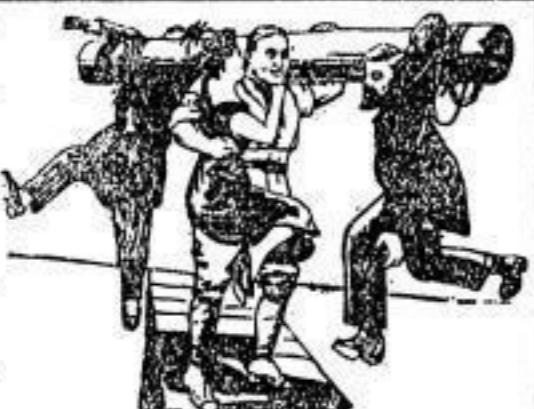
Keine erhöhten Preise

Neumarkt 25

Höhepunkt und Schluß der

Maciste - Abenteuer

Erstaufführung Dritte Episode: Im Angesicht des Todes



Kurzer Überblick der Hauptsensationen der beiden ersten Teile

Aus dem Inhalt: Der Löwe ist gefangen — Man hat uns überfallen — Die Falle ist aufgestellt — Bringt mir den Kerl tot oder lebendig — Maciste ergiebt sich nicht, lieber sterben — Morgen früh, wenn die Turmuhr 6 Uhr schlägt, wird der Mann erschossen — Eine Panne hält die Rettung auf und macht die Hoffnung zunichte — Letzte Abschiedsworte — Die letzte Stunde eines tapferen Mannes — Das Testament Macistes — Tito läßt einen verzweifelten Entschluß, seinen Freund zu retten — Legt an! — Atemlose Spannung — Ich glaube, das Totschießen wäre schmerzhafter.

Königs-Pavillon

Konditor Emil

Kreuzfidelier Schwank in 3 Akten.
Einlaß: Wochentags 4½ Uhr.
Sonntags 3 Uhr.

Hierzu in Kasino-Lichtspielen

Krümelchen geht jagen

Großer Fez im Wald und auf der
Heide in 2 Akten.

Weisse Wand

Beginn
11½ Uhr

Ende
11 Uhr

Ab heute bis Montag
Nur für Erwachsene!

30 Tage unterm Meeressgrunde

oder: Die Frau im Dolphin.

Fabelhafter Sensations-Film.
... sensationelle Abteilungen ...
Übertrifft alles bisher Dagewesene!

Der Mann im Salz

Nach dem gleichnamigen u. bekannten
Roman von Ludwig Ganghofer.
Herrliches Gebirgsdrama in 5 Akten.
Beginn 1½ Uhr, Ende 11 Uhr. Beginn der letzten
Abend-Vorstellung 10 Uhr.

Lilie
LINDENAUER LICHTSPIELHAUS

Graße 19

Heute das Rekord-Programm (3 Stunden Spieldauer)
Der österreichische Liebling Luele Doraine
in dem Sensationsfilm

6 Akte Weib und Welt! 6 Akte

Die berühmte Esther Carena in d. gewaltigen
Sittendrama aus dem Zuhälter- und Dirnenleben

6 Von Stufe zu Stufe 6 Akt bis in den Tod! 6 Akt

Ausserdem täglich: Die Beisetzungsförderlichkeiten
des ermordeten Reichsministers a. D.

!! Erzberger!!

Beginn der letzten Vorstellung 8 Uhr.

Fleischzentrale
43 Nürnberger Str. 43
Ecke Sternwartenstr. Fernsprech. 393.

Filiale: Leipzig-Schleußig
Blümnerstraße

Hausfrauen, Achtung!

Hausfrauen, Achtung!

Pa. Gefrierfleisch 4.50 — 7.— Gehacktes 8.—

Schweinfleisch Pfund 14.— bis 15.—

Pa. frisches Kalbfleisch, Pfd. 11.— bis 12.50.—

In Gefrierhammel Pfd. 7.50 bis 9.—

Frische gute Blut- u. Leberwurst, Pfd. 12.—

Knackwurst, Pfd. 14.— Knoblauchwurst, Pfd. 12.—

Günstige Bezugsquelle für Gastwirtschaften,
Pensionen usw.

Prima Wurstwaren in bekannter Güte.

Prima gepökeltes Rindfleisch
Wib. 6.80 Mt. • Wib. 6.80 Mt.

Heute und folgende Tage verkaufe das Pfund
mit 6.80 Mt.

Aktionsbeischläge, Arbeitsloste und Abonnenten der
Vollzeitung erhalten mit 6.50 Mt.

Verkauf: Sporergasse 12, Laden. 8—1 und

3—6 Uhr.

Sofort vertilat unter Garantie kommt Brut
und Alten Kopf, Kleider- und Hüte.

gesetzlich Kampolda Wanzen

bei Wendi und Tier.

in Wundern unbeschreiblich.

Verkauf nur Schleiterstr. 12; Görlitz, Neuh. Hall. Str. 57;

Querwald, Lind., Josephstr. 17; A. Möhlitz, Kantische Gasse 3;

Georg Jemischer, L.-M. Moskau, Mosauer Straße 22.

Volkshaus (kleiner Saal)

Morgen Sonnabend, d. 10. September, Anfang 8 Uhr

Die berühmten

Leipzig-Krystall-Palast-Sänger

Herr Tanzlehrer Hohmann.

Braucht 28. m. 1. erfolgr. Lehr-

method, empf. ich all. Tanzan-

fund. a. Dankb. W. Engelbrecht.

Welt-Theater-Lichtspiele

am Markt

Vom 9. bis 15. September 1921

Nur für Erwachsene über 18 Jahre

in Erstaufführung:

Das gewaltigste Sittenstück der Jetzzeit



5 Akte 5

5 Akte 5

Billige Kinder-Stiefel

Kinder-Spangenschuhe

R-Box, gute Paßform

Größe 31—35 52.—

Größe 27—30

45.—

Kinder-Stiefel

R-Box und Boxcalf

Größe 31—35 68.—

Größe 27—30

58.—

Braune Kinderstiefel

R-Box und imit. Chev.

Größe 31—35 110.—

Größe 27—30

94. 50

U.T.
Gebrüder.

U.T.
Connewitz

Pegauer Strasse 12a, am Kreuz.

Größtes u. vornehmstes Theater d. Südens

Ab heute! Das Tagesgespräch Leipzigs

Nur 4 Tage! Der größte Film seit Bestehen des Theaters.

Die Bettlerin v. Stambul

Hauptdarstellerin ist Amerikas
Film-Liebling die unnahmliche
und bewundernswerte
PRISCILLA DEAN,
die jeden stark fesselt. Bewunderung u. Mitgefühl erweckt.

In Anbetracht der enormen Unkosten sind wir gezwungen, bei diesem kolossal Filmwerk die Eintrittspreise um eine Kleinigkeit zu erhöhen!

Ferner:
Joe Martin, der Missetäter!
Die Höhe der Dressur mit wilden Tieren.
Lustspiel in 2 Akten.

Voranzeige: Ab Dienstag, den 13. September; Goliath Armstrong III. Teil: Das Haus der tausend Gefahren.

Man bittet, nach Möglichkeit die Nachmittag
6 Uhr-Vorstellung zu besuchen!

Das beliebte U.T.-Quartett

FILMPALAST

Gundorfer Strasse

Das Schreckensende einer Lebedame
oder: Die Mumie

Spannend! 5 Akte! Spannend!

Der Flüchtlings von Sing-Sing

Abenteuerfilm in 5 Akten

Ab nächsten Freitag:

Die Bettlerin von Stambul